Sonntag, 28. April.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.
Beilagen: Illustrierte Unterhaltungs-Beilage (wöchentlich), Verlosungsliste von Wertpapieren (3 mal monatlich).
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
Verlag u. Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: Achttägiger Probeversand des Westfälischen Merkur gratis und franko. Bestellungen mit deutlicher Adressenangabe wolle man richten an die Geschäftsstelle, Königstraße 59.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Redaktion Nr. 203, Geschäftsstelle Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. **Morgen-Ausgabe.** 91. Jahrgang.

1912. — Nr. 216.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 3,00, auswärts bei allen deutschen Postämtern ℳ 3,50.
Zweimonatlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 2,00; auswärts durch die Post (jedoch nur für die beiden letzten Monate eines Quartals) ℳ 2,34.
Einmonatlich: In Münster ℳ 1,00; auswärts durch die Post (für jeden einzelnen Monat des Quartals zulässig) ℳ 1,17.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, an den Bahnhöfen ꝛc. à Exemplar 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklamezeile 75 ₰.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Zweites Blatt.

Der Duellzwischenfall im Reichstag.

In die Verhandlungen über die Wehrvorlage ist durch die brüske Provozierung eines großen Teiles des deutschen Reichstags und des deutschen Volkes durch den Kriegsminister ein Mißklang getragen. Man hätte nun zum mindesten erwarten sollen, daß er seinen Mißgriff vor der Oeffentlichkeit wieder gut gemacht hätte, das ist aber nicht der Fall gewesen, er wird in der Budgetkommission darüber Rede stehen. Indessen scheint er nachträglich eine Korrektur seiner Auslassung bereits vorgenommen zu haben, denn in dem amtlichen Stenogramm ist der Passus in anderer Form wiedergegeben, als er ursprünglich verbreitet wurde. Er lautet:

Nur zwei Worte! Der Herr Abg. Erzberger hat selbst gesagt, er behalte sich das weitere für die Kommission vor; er hat aber hier betont, daß die allerhöchste Order, die gegen Dr. Sambeth ergangen ist, als ein Schlag gegen die Gesinnung des katholischen Volkes empfunden werde. (Zuruf: Gegen das christliche Volk!) Dagegen möchte ich Verwahrung einlegen. Die Kabinettsorder sagt ausdrücklich, daß eine ehrengerichtliche Untersuchung, sobald jemand aus religiösen Gründen das Duell ablehnt, nicht am Platze wäre; d. h. mit anderen Worten, hier handelt es sich nicht um würdig oder um unwürdig, sondern hier handelt es sich lediglich darum: Jemand, der Auffassungen bekundete, wie es der betreffende Herr getan hat, paßt unter den vorliegenden Umständen nicht mehr in die Verhältnisse, in denen er bisher war. (Stürmischer Widerspruch im Zentrum. Abg. Gröber: Unerhört! Große Unruhe.) Ich werde mir erlauben, in der Kommission später alles im einzelnen anzugeben. (Zurufe und dauernde Unruhe.)

Die beiden unterstrichenen Worte sind auch im amtlichen Bericht, also von der Hand des Ministers, hervorgehoben. Zuerst war berichtet, der Kriegsminister habe gesagt, „ein Mann mit solcher Gesinnung paßt nicht in die Armee", andere Berichte sprachen von der „Offizierskasse"; jedenfalls läßt aber auch die Abschwächung des amtlichen Protokolls noch erkennen, wie sich der Kriegsminister im Gegensatz zu dem Empfinden des deutschen Volkes gestellt hat, wie das ja auch der nationalliberale Abg. Paasche konstatierte. Die Verurteilung des Ausfalls des Kriegsministers ist, wie wir schon gestern hervorhoben, fast allgemein. Die „Germania" wendet sich in folgenden scharfen Auslassungen dagegen:

Ein Mann, der ein derartiges Prinzip im deutschen Reichstag aufstellen kann, hat an der Spitze unserer Heeresverwaltung nichts mehr zu suchen. Eine solche bewußte Mißachtung der religiösen, wie allgemein sittlichen Pflichten jedes Menschen schließt eine Propagierung des Umsturzes in sich, wie sie schlimmer kein Anarchist betreiben kann. Ist man aber gegen den Umsturz von unten, so muß man es mit der gleichen Berechtigung auch gegen den Umsturz von oben sein: er ist zum mindesten ebenso gefährlich, wie der andere. Und die Zentrumspartei würde alle ihre religiösen Prinzipien verleugnen, ihr rechtliches Empfinden gänzlich bei Seite schieben, wenn sie mit einem Minister sich ferner einlassen wollte, der derartige Tendenzen vertritt! Unsere Offiziere sind keine privilegierte Kaste, die das Sittengesetz und das Recht mit Füßen treten darf, und wenn solche Ideen der Kriegsminister ihnen einflößen will, dann mag er dieses Amt in irgend einem Barbarenstaat verwalten — in Deutschland nicht. Gegen eine derartige Vergewaltigung des Rechts, gegen eine derartige Klassenjustiz legen alle gesitteten Deutschen die schärfste Verwahrung ein. Für unsere christlichen Offiziere gilt der Befehl des Herrn: Du sollst Gott mehr gehorchen, als den Menschen. Wobei es gänzlich gleichgültig ist, ob diese Menschen Kriegsminister oder noch etwas Höheres sind; sie gelten für nichts neben Gottes Willen. Will die Heeresverwaltung gegen alle diese tapferen und wirklich ehrliebenden Männer einschreiten: nun gut, sie dürfte bald merken, daß die Vertreter des Volkes im Reichstag nicht mit sich spielen lassen und, wie den Willen, so auch die Macht haben, ihre Ansicht in der Frage zur zwingenden Geltung zu bringen!

Die „Köln. Vztg." schreibt:

„Es mag Feuerköpfe geben, die meinen, das Zentrum müßte nach dieser beleidigenden Brüskierung des ganzen katholischen und gläubigen evangelischen Volkes durch den Kriegsminister kurzer Hand die ganze Wehrvorlage ablehnen. Das Zentrum pflegt nationale Forderungen nicht einem Minister oder einer Regierung zuliebe zu bewilligen, sondern es prüft, was im nationalen Interesse notwendig ist, oder nicht. Entweder ist das Geforderte im Interesse der nationalen Sicherheit geboten, oder nicht: diese Erwägung allein ist für das Zentrum stets in nationalen Fragen maßgebend gewesen. Nach diesem Maßstab allein wird es auch jetzt, nach der Erklärung des Kriegsministers, streng und sachlich prüfen, was im Interesse der nationalen Verteidigung unumgänglich nötig ist, oder nicht. Jenes wird das Zentrum dem Vaterland, nicht dem Minister bewilligen, dieses aber ablehnen. Allerdings kann der Kriegsminister selber nach dem Sturm der Entrüstung und nach der Aufnahme des Protestes der Zentrumsfraktion im Reichstag sich vorstellen, welche Stimmung seine Worte im Lande draußen erzeugen müssen. Er wird jetzt einsehen, daß er mit seiner gestrigen Brüskierung der christlichen Weltanschauung, seiner Durchbrechung aller Gesetzlichkeit, es jedem Abgeordneten, und namentlich dem Zentrum, ungemein erschwert hat, im selben Augenblick die großen Forderungen für die Armee und die bedeutende Vermehrung des Offizierkorps zu bewilligen, indem er, fußend auf der Kabinettsorder, jeden gläubigen Katholiken und Protestanten aus dem Offizierkorps ausschließt und das Offizierkorps außerhalb des Gesetzes stellt. Der alte und veraltete Standpunkt des Duellzwanges in der Armee ist nicht mehr haltbar. Er muß verschwinden. Die Kabinettsorder im Falle Sambeth hat ihm selber den Boden entzogen, dadurch, daß sie den Duellverweigerer aus Gewissensbedenken im Gegensatz zur bisherigen Tradition für nicht mehr strafbar erklärt. Darf er nicht mehr strafbar sein, dann kann er auch nicht unwürdig sein, im Offizierkorps zu verbleiben. Duellunfug und Duellzwang haben sich als unhaltbar gezeigt. Das ist in besonders krasser Weise in dem Fall Sambeth in die Erscheinung getreten. Der Kriegsminister hat die Duellfrage mit seiner gestrigen Aeußerung in Fluß gebracht. Sie wird nicht mehr still stehen, bis sie gelöst ist nach christlichen und nach Rechtsgrundsätzen."

Sehr energische Worte findet auch die „Frankf. Ztg.", die schreibt:

„Ein Herr, der die Anschauungen des Herrn Sambeth hat, paßt nicht mehr in das Offizierkorps hinein," so erklärt der Kriegsminister. Wir sagen: ein Herr, der solche Anschauungen wie der Kriegsminister vertritt, paßt in keine staatliche Stellung hinein. Es ist nach unserer Auffassung ein unerträglicher Zustand, daß ein hohes Amt von einem Manne versehen wird, der die Gesetzlosigkeit zur Standespflicht erhebt. Was er in dieser Beziehung sagte, war ein Faustschlag in das Gesicht des deutschen Volkes; denn Herr Sambeth hat nur die Anschauungen vertreten, welche im deutschen Volke die herrschenden sind, und er hat aus dem Offizierstande scheiden müssen, nicht weil er etwas Unehrenhaftes getan hat, sondern lediglich, weil er aus Achtung vor dem Gesetz und aus religiösem Gefühl eine unbegründete Beleidigung nicht mit einer Duellforderung hat beantworten wollen. Das Recht und die anständige Gesinnung waren auf seiner Seite. Aber ein Herr, der solche Gesinnungen hat, paßt nicht mehr in das Offizierkorps hinein. Nun, wenn dem so ist, dann paßt dieses Offizierkorps nicht in unseren Staat hinein, der doch ein Rechtsstaat ist und in dem es keine Standesvorrechte geben darf. Kein Stand hat das Recht, seinen Angehörigen Anschauungen vorzuschreiben, die dem Gesetz zuwiderlaufen. Wollen seine Mitglieder trotzdem von diesen Anschauungen nicht lassen, so ist es damit nicht getan, daß sie die Duellstrafen auf sich nehmen — die fallen bei den Militärgerichten natürlich sehr milde aus —, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß nicht diejenigen aus den Mitteln des Staates ihren Unterhalt beziehen, welche die Gesetze des Staates mit Füßen treten. Das muß einmal offen ausgesprochen werden und wir meinen, Leute, die für sich ein so besonders feines Ehrgefühl in Anspruch nehmen, müßten diese Folgerung selbst ziehen."

Die Erklärung des Zentrumsabgeordneten Spahn im Reichstage blieb nicht ohne Eindruck. Man konnte aber von vornherein sicher sein, daß gewisse Blätter daraus allerlei herleiten würden; das tut zunächst die „Tägl. Rundschau", die ihren Lesern die unglaublichsten Schauermärchen über angebliche Absichten und Stimmungen der Zentrumsfraktion des Reichstags auftischt. In Zentrumskreisen werde versichert, so sagt das Blatt, daß die Erklärung Spahns nur das Vorspiel eines Feldzuges bedeute, den das Zentrum gegen v. Heeringen zu führen entschlossen sei. Wenn der Kriegsminister seine Aeußerungen in der Budgetkommission nicht zurücknehme oder zum mindesten nicht erheblich abschwäche, so müsse man damit rechnen, daß das Zentrum ganz, eventuell zum Teil gegen das Gehalt des Kriegsministers stimmen werde. Tiefsinnig fügt das Blatt hinzu, da Zentrum und Sozialdemokraten im Reichstag über die Mehrheit verfügten, so würde, wenn die Dinge wirklich soweit kämen, das Gehalt des Kriegsministers abgelehnt werden. Die Behauptungen der „Täglichen Rundschau" sind so abgeschmackt, daß sich eigentlich die Feststellung erübrigt, daß sie glatt aus den Fingern gesogen sind. Das Zentrum bekämpft nicht Herrn v. Heeringen, sondern das System, das er wegen seiner Stellung als preußischer Kriegsminister zu verteidigen hat, was selbstverständlich keine Entschuldigung ist für die schroffe Form, in der Herr v. Heeringen seine Stellungnahme präsisierte. Im übrigen mag sich die „Tägl. Rundschau" einige Tage in Geduld fassen, dann wird sie sich selbst überzeugen können, welchen Blödsinn sie ihren Lesern aufgetischt hat.

Wenn es in der liberalen Presse so hingestellt wird, daß das Zentrum einen „willkommenen Anlaß" erhalten habe für einen „neuen Versuch mit seiner alten do ut des Politik", so irrt sie sich gründlich. Das Zentrum treibt seine Politik nach rein sachlichen Gesichtspunkten, und es hat seiner grundsätzlichen Zustimmung zu der Regierungsvorlage bereits Ausdruck gegeben. Diese Haltung bleibt durch den Vorfall selbstverständlich unberührt. Den Liberalen scheint es unfaßbar zu sein, daß man eine sachliche Politik treiben kann. Sie beurteilen eben jeden nach sich selbst. Denn daß der Liberalismus nicht in der Lage ist, selbst bei einem so wichtigen Anlaß wie im vorliegenden seine politischen Parteibestrebungen von der Sache zu trennen, hat er jetzt eben wieder bewiesen. Die Debatten über die Wehr- und Deckungsvorlagen haben gezeigt, daß auf der Linken, die immer nur von den Schwierigkeiten der Deckungsvorlage redet, gar nicht der ernste Wille vorhanden ist, dem Deckungsvorschlag der Regierung näherzutreten. Die linksliberale Presse zetert in einem fort, die Deckungsfrage dürfe nicht übers Knie gebrochen werden, die „Agrarier und das ihnen so gern gefällige Zentrum" suchten ein Eingehen auf diese Frage zu hintertreiben. Diese Behauptungen der liberalen Presse sind eine absolute Unwahrheit. Niemals ist von den Parteien der Rechten noch vom Zentrum das Bestreben zutage getreten, die Deckungsfrage übers Knie zu brechen oder eine ausgiebige Erörterung der Frage zu hintertreiben. Sie haben vielmehr nur Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Wehr- und Deckungsvorlagen, die ein Ganzes bildeten, auseinandergerissen und in gesonderten Kommissionen beraten würden. Aber niemals ist davon die Rede gewesen, daß der Reichstag seine Arbeiten vor Pfingsten erledigen müsse. Dem Reichstag steht doch auch nach Pfingsten noch Zeit zur Verfügung und wenn der Reichstag bis Pfingsten mit den Vorlagen nicht fertig ist, so halten wir es doch für ganz selbstverständlich, daß er nach Pfingsten seine Arbeiten vollendet.

Bei den Liberalen scheint man allerdings die persönlichen Wünsche den Interessen des Reichs voranstellen zu wollen. Die Deckungsvorlage ist ja nun, entsprechend dem Wunsche der Liberalen, an eine besondere Kommission verwiesen worden. In der liberalen Presse wird dieses Ergebnis als ein Sieg der Großblockmehrheit bezeichnet. Die „Voss. Ztg." (Nr. 211) gibt allerdings zu, daß es sich um einen Zufallssieg handelt. Wir gönnen der liberalen Presse gern ihr Vergnügen, sind aber doch der Meinung, daß es immerhin etwas voreilig ist, auf Grund des Abstimmungsergebnisses über einen Großblocksieg zu triumphieren, denn es fehlte ein volles Fünftel der Reichstagsabgeordneten. Auch dürfte es die liberale Presse einigermaßen überraschen, daß der „Vorwärts" (Nr. 97) gegenteiliger Ansicht ist und meint, daß die Verweisung der Deckungsvorlage an eine besondere Kommission „aber nicht etwa zugunsten einer „Mehrheit der Linken" auszulegen ist". In der liberalen Presse ist jetzt nur noch die Rede von der Verabschiedung der Wehrvorlagen, während die Verschiebung der Deckungsvorlage bis zum Herbst als etwas ganz selbstverständliches hingestellt wird. Diese Haltung der liberalen Presse beweist, wie berechtigt die Zweifel sind, die von seiten der rechtsstehenden Parteien und des Zentrums in die Aufrichtigkeit der Erklärungen der Liberalen gesetzt werden, daß sie eine getrennte Kommissionsberatung der Vorlagen nur deshalb wünschen, um ihre Verabschiedung zu beschleunigen. Die nächste Zeit schon wird zeigen, ob der Liberalismus aus selbstischen Beweggründen die gleichzeitige Verabschiedung der Wehr- und Deckungsvorlagen hintertreiben will oder nicht. Wenn die freikonservative „Post" (Nr. 194) glaubt, daß jetzt die glatte Erledigung der Wehrvorlagen noch vor Pfingsten sichergestellt worden ist, so dürfte sie mit dieser Auffassung nicht überall Zustimmung finden. Die „Kreuzzeitung" (Nr. 194) ist mit Recht der Ansicht, daß die Ueberweisung der Deckungsvorlage an eine besondere Kommission die schnelle Erledigung der ganzen Vorlagen kaum beschleunigen, wohl aber die Schwierigkeiten noch vermehren werde. Das Zentrum besteht, darüber hat der Abg. Erzberger keinen Zweifel gelassen, auf einer gleichzeitigen Verabschiedung der Wehr- und Deckungsvorlagen. Und wenn die liberalen Parteien die Hilfe des Zentrums bei der Verabschiedung der Wehrvorlagen entbehren zu können und sie etwa durch die der Sozialdemokratie ersetzen zu können glauben, dann mögen sie den Versuch wagen, die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Wehrvorlagen vor dem deutschen Volke auf sich zu nehmen.

Deutschland.

Berlin, 27. April.

Kein Rücktritt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes? Aus der Meldung, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter am 3. Mai in Dresden eintreffen werde, um dem Könige von Sachsen seine Aufwartung zu machen, wird in einzelnen Blättern geschlossen, daß der Staatssekretär zunächst nicht aus seinem Amte scheiden werde. Die „Deutsche Tagesztg." (Nr. 210) glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß dieser Schluß richtig ist. Die Gründe, die vor einiger Zeit den Rücktritt des Herrn von Kiderlen-Wächter vielleicht veranlassen konnten, lägen jetzt nicht mehr vor. Ob diese Angabe der „Deutschen Tagesztg." richtig ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist sie eine Bestätigung dafür, daß wenigstens bis vor kurzem noch mit dem Rücktritt des Staatssekretärs gerechnet werden muß.

♂ **Der deutsche Botschafter in London, Graf Wolff-Metternich**, ist in Berlin eingetroffen, und wird sich dort mehrere Tage aufhalten. Er reist dann wieder nach London zurück. Ueber den Zweck der Anwesenheit des Botschafters in Berlin will die „Tägliche Rundschau" (Nr. 195) folgendes erfahren haben: „Die Anwesenheit des Grafen Wolff-Metternich in Berlin steht im Zusammenhang mit den deutsch-englischen Verhandlungen, die bekanntlich in der letzten Zeit ins Stocken geraten sind. Graf Metternich ist schon während seiner jetzigen Anwesenheit wiederholt im Auswärtigen Amt gewesen und hat dort mit dem Staatssekretär und dem Legationsrat von Stumm längere Zeit konferiert. Auch in der englischen Botschaft hat Graf Metternich vorgesprochen." Weiter will das genannte Blatt von „durchaus zuverlässiger Seite" erfahren haben daß der Berliner Besuch des Botschafters auch mit der Frage eines Wechsels auf dem Londoner Botschafterposten im Zusammenhang steht. Graf Wolff-Metternich habe selbst den Wunsch, von seinem Posten in absehbarer Zeit zurückzutreten, und daher beschäftige man sich an maßgebender Stelle schon seit einiger Zeit mit der Frage, wer an seiner Selle den vielbegehrten Londoner Posten erhalten soll. — Wir müssen dem genannten Blatt die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Angaben überlassen.

§ **Die Verabschiedung des Staatsangehörigkeitsgesetzes**, das zurzeit in einer besonderen Kommission beraten wird, wird voraussichtlich während der jetzigen Tagung des Reichstags nicht mehr erledigt werden. Die Verhandlungen in der Kommission nehmen einen überaus schleppenden Verlauf. Eine Erledigung des Gesetzes ist also wahrscheinlich erst im Herbste zu erwarten. Ob man seinetwegen sich entschließen werde, den Reichstag im Sommer nicht zu schließen, sondern nur zu vertagen, bleibt abzuwarten.

Die Spionagefälle im Reiche haben sich in den letzten Jahren in beunruhigender Weise vermehrt: ein Ueberblick über die seit 1908 beim Reichsgericht verhandelten Fälle zeigt das. Es kamen zur Verhandlung: 1908: 8 Fälle, 3 Freisprechungen, die übrigen bis zu 4 Jahren Zuchthaus; 1909: 8 Fälle, sämtlich verurteilt, darunter bis zu 9 Jahren Zuchthaus; 1910: 13 Fälle, sämtlich verurteilt, darunter bis zu 10 Jahren Zuchthaus; 1911: 13 Fälle, sämtliche verurteilt, darunter bis zu 12 Jahren Zuchthaus. Die Verhandlungen richteten sich: 1908 gegen 3 Elsässer, 5 Deutsche; 1909 gegen 4 Elsässer, 3 Deutsche, 1 Franzosen; 1910 gegen 3 Elsässer, 5 Deutsche, 1 Franzosen, 2 Engländer, 3 Lothringer; 1911 gegen 5 Deutsche, 1 Französin, 2 Engländer, 2 Russen, 1 Luxemburger, 1 Italiener, 1 Ungar.

⊡ **Mehring als Rebell.** Ausgerechnet, Herr Dr. Franz Mehring klagt in der „Bremer Bürger-Zeitung" — er fand wohl kein größeres Parteiblatt zur Aufnahme seines Artikels bereit? — über die Unterdrückung der Kritik in der sozialdemokratischen Partei. Schaurig, daß gerade Mehring das sagt, der so oft dazu beigetragen, unbequeme Kritiker zu verhöhnen und kaltzustellen! Aber in der Sache hat er recht — obwohl es wirklich nicht nötig war, daß dieser längst erwiesene Vorwurf noch von Franz Mehring bestätigt wurde. Mehring hatte jüngst in der „Neuen Zeit", der Zeitschrift der Radikalen, sich gegen den „Vorwärts" gewendet, der den geringen Umfang der „nur" dreiviertelstündigen Haushaltsrede des sozialdemokratischen Sprechers Dr. Frank bemängelt und das viele Reden als notwendig im Interesse der Agitation bezeichnet hatte. Mehring berief sich auch auf Wilhelm Liebknecht, der nicht viel vom Reden gehalten und vom Parlamentarismus gesagt habe, er leide an der Rede- und Schwätzkrankheit; Mehring zog auch einen Artikel des alten Liebknecht heran, worin davon die Rede war, daß es um das Reden wenn einer gut redet, ein schönes Ding ist für den Redner wie für den Hörer, daß aber leider das Reden und das Schauspielern nahe verwandt sind. Deshalb träten denn auch in parlamentarischen Debatten so wenig neue Gesichtspunkte hervor. Darauf warf ihm August Bebel an derselben Stelle in der „Neuen Zeit" in heller Empörung vor, daß Mehrings Galle fast jedermann vor den Kopf stoße. Bebel erklärte, daß Liebknecht zwar früher ein Gegner des Parlamentarismus gewesen sei, später aber auf dem Kongreß zu St. Gallen im Oktober 1887 in aller Form versichert habe, daß er seine früheren Auffassungen über den Parlamentarismus nicht mehr aufrecht erhalten könne. Mehring hätte daher im Interesse der „historischen Objektivität" richtiger gehandelt, den Abdruck des Liebknechtschen Briefes zu unterlassen oder anzugeben, unter welchen historischen Verhältnissen er geschrieben wurde. Gegen diesen Angriff Bebels nun verteidigt sich Mehring in der „Bremer Bürgerzeitung". Zu seiner Verteidigung führt Mehring an, daß die von ihm herangezogenen Ansichten Liebknechts erst aus dem Jahre 1886 stammen, aus einer Zeit, in der es „noch geistiges Gemeingut der Partei war, daß sie den Parlamentarismus um so besser ausnutzen könne, je sorgsamer sie sich vor seinen Illusionen hüte." Zum Schluß aber erwidert er Bebel:

„Ich lasse mir sicherlich aus bekannten Gründen mehr von ihm gefallen, als von irgend einem andern Menschen. Aber in dem vorliegenden Falle handelt es sich nicht um eine Person, sondern um ein System, jedem Parteigenossen, der leitende Parteiinstanzen auch in der sachlichsten Weise kritisiert, sofort mindestens gehässige Beweggründe unterzuschieben. Und dagegen sollte jeder protestieren, der darunter zu leiden hat. Daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden, ist freilich durch die Resolutionen der Berliner, Bremer und Hamburger Arbeiter in der Dämpfungssache verbürgt. Aber man kann den Tag gar nicht schnell genug herbeiwünschen, an dem die „Freiheit der Kritik" innerhalb der Partei aufhören wird, jenen Pflaumen und Klößen zu gleichen, die ein vorzügliches Gericht sind: nur daß, wer davon ißt, auch daran stirbt."

Gleichzeitig kritisiert Mehring in einem Ergänzungshefte zur „Neuen Zeit" das Feuilleton, insbesondere die Kunstreferate, des sozialdemokratischen Zentralorgans, die eine „Aesthetik der schwieligen Faust" proklamierten. Die Antwort, die im „Vorwärts" namens der Redaktion Herr Dröscher gibt, deutet allerdings auf eine rech schwielige Faust. Herr Mehring hat also auch in diesem Punkt recht. Herr Dröscher betont mit besonderem Nachdruck, daß er im Sinne und Geist der Berliner Genossen rede. Wenn Mehring es mit dem Parteivorstande und den Berliner Genossen verschüttet haben sollte, dann sieht's böse für ihn aus.

Den Schutz der Naturdenkmäler will das Abgeordnetenhaus verstärken: Die Agrarkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit dem von fortschrittlicher Seite eingebrachten Antrage: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zum Schutze der innerhalb der preußischen Monarchie vorhandenen Naturdenkmäler zu ersuchen." Man war allgemein der Ansicht, daß ein über das bisherige Maß hinausgehender Schutz der Naturdenkmäler durchaus zu erstreben sei. Dagegen wurden sowohl von Kommissionsmitgliedern als auch von Vertretern der Regierung Bedenken geäußert, ob es sich empfehle, hierzu den Weg der Gesetzgebung zu betreten. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, durch Erlaß von Verordnungen und durch schärfere Ausnützung, z. B. der Bestimmungen des Feld- und Forstpolizeigesetzes einen solchen vermehrten Schutz herbeizuführen. Der Begriff „Naturdenkmal" würde sich schwerlich für das ganze Land gleichmäßig festlegen lassen. Ein und derselbe Gegenstand würde z. B. in einer Gegend als Naturdenkmal zu betrachten sein, in einer anderen nicht. Der Antrag auf gesetzliche Regelung wurde schließlich von der Kommission abgelehnt, dagegen folgende Resolution einstimmig angenommen: Die königliche Staatsregierung wird ersucht, auf einen vermehrten Schutz der Naturdenkmäler in geeigneter Weise Bedacht zu nehmen.

§ **Das Zentrum und der „Antrag Hammer".** In der Sitzung des preuß. Abgeordnetenhauses vom 3. Mai 1911 wurde über den „Antrag Hammer" verhandelt, der verlangte, als verteilte Dividende der Konsumvereine solle jede, auch die in Form von Rabatten gewährte Rückvergütung angesehen werden. Der Antrag wurde auf Wunsch des Zentrums an die verstärkte Kommission für Handel und Gewerbe verwiesen. Die Regierung hat die Anregung des konservativen Abg. Hammer aufgegriffen und dem Preußischen Abgeordnetenhauses anfangs 1912 den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes zugehen lassen. Danach soll dem § 11 des Einkommensteuergesetzes die Bestimmung beigefügt werden, daß auch die Gewinnanteile der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften steuerpflichtig sind, so daß von jetzt an die Rückvergütungen der Konsumvereine dem Einkommen zugezählt werden müssen. Im § 15 soll der Antrag Hammer Aufnahme finden durch eine Einschiebung folgenden Absatzes: „Bei Konsumvereinen gehört zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung." Bekanntlich gestattet eine Oberverwaltungsgerichtsentscheidung die Festsetzung eines Teils der Dividende als Sparguthaben, welcher Teil dann nicht steuerpflichtig ist. Durch die Annahme des Regierungsantrages würde auch dieses gewährte Sparguthaben steuerpflichtig. Dieser Antrag stand kürzlich in der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses in erster Lesung zur Verhandlung. Das Ergebnis der ersten Lesung wird nun von manchen Blättern benutzt, um gegen das Zentrum Stimmung zu machen. Die Entscheidung des Zentrums sei direkt gegen die Interessen des Mittelstandes ausgefallen. Das Zentrum habe nicht nur gegen die von der Regierung geplante Besteuerung der Konsumvereine gestimmt, sondern auch eine Besteuerung der Detaillistenrabatte verlangt. Ueber die Haltung des Zentrums herrsche in manchen Kreisen des Mittelstandes große Entrüstung. Ueber diese Entrüstung braucht man sich nicht zu wundern, wenn man die Unrichtigkeit der aufgestellten Behauptungen kennt. Das Zentrum hat sich in der betreffenden Kommission auf den Standpunkt einer völlig gleichen steuerlichen Behandlung der Konsumvereine und des Mittelstandes gestellt. Wo heute Theoretiker und Praktiker noch über die Berechtigung einer Konsumvereinsbesteuerung streiten, ist es doch ein Beweis von Entgegenkommen dem Mittelstande gegenüber, wenn das Zentrum sich für Besteuerung der Konsumvereine erklärt. Anderseits ist es leicht verständlich, daß von einer Sonderbesteuerung der Konsumvereine keine Rede sein kann. So wertvoll die Mittelstandsexistenzen auch sind — das Zentrum hat stets nach diesem Grundsatze gehandelt — so wäre es schlecht um den Mittelstand gestellt, wenn er zu seiner Erhaltung Ausnahmegesetze notwendig hätte. An sich werden heute schon die Konsumvereine steuerlich anders behandelt, als die andern Genossenschaftsarten, indem sie unter allen Umständen einkommensteuerpflichtig sind, während das bei den übrigen Genossenschaften nur unter bestimmten Voraussetzungen der Fall ist. Es ist nicht richtig, daß das Zentrum den obenerwähnten Regierungsantrag von vornherein abgelehnt hat, sondern es hat sich auf den Standpunkt gestellt, es müßte auch die Besteuerung der andern Genossenschaftsarten ins Auge gefaßt werden, speziell sei die Frage zu prüfen, ob nicht auch die Rabatte der Rabattsparvereine zu versteuern seien, wenn man die Rabatte der Konsumvereine zur Steuer heranziehe. Ebenso ist die Behauptung falsch: das Zentrum habe gegen die Regierungsvorlage gestimmt. Richtig ist im Gegenteile, daß die Kommissionsvertreter der Zentrumspartei dafür gestimmt haben, daß „bei den Konsumvereinen zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung" gehören soll. Sie haben sich aber vorbehalten, entsprechend der Anregungen ihrer Redner, in der zweiten Lesung zu beantragen, daß nur der über 4 oder 5 Prozent hinausgehende Rabatt der Konsumvereine besteuert werden soll. Damit wären die Schwierigkeiten hinsichtlich der Besteuerung der Rabatte der Rabattsparvereine beseitigt. Nicht die Nationalliberalen, wie fälschlich behauptet wurde, sondern das Zentrum hat diesen Vermittlungsvorschlag gemacht. Darnach nimmt sich die Sache doch ganz anders aus, als es in manchen Blättern hingestellt wurde. Das Zentrum hat sich noch ein spezielles Verdienst um den Mittelstand erworben. Es hat die Aufmerksamkeit auf die Werkkonsumanstalten gelenkt. Von diesen redet der Mittelstand wenig. Der Hansabund, der doch so mittelstandsfreundlich sein will, bekämpft nur die Beamtenkonsumvereine, gegen die Werkskonsumvereine etwas zu sagen hütet er sich ängstlich. Das Zentrum hat erreicht, daß entgegen dem Regierungsantrag auch die Rückvergütung der Werkskonsumvereine steuerpflichtig sein soll. Weiter hat es durchgesetzt, daß in Zukunft auch die Werkskonsumvereine, genau so wie die andern Konsumvereine, einkommensteuerpflichtig sein sollen, was bisher nicht der Fall war, da sie nur Gewerbesteuer, aber keine Einkommensteuer zahlten. So liegen in Wirklichkeit die Verhältnisse. Das Zentrum hat auch in der Konsumvereinsfrage den Standpunkt des Interessenausgleichs hochgehalten und wird es auch in Zukunft tun.

Rückgang des Geburtsüberschusses. Die amtliche „Statistische Korr." bringt die Hauptzahlen über die Bewegung der Bevölkerung in Preußen während der Jahre 1910 und 1911. Daraus geht hervor, daß im Jahre 1910 1 256 613 Geburten, 675 148 Sterbefälle und 310 415 Eheschließungen beurkundet worden sind. Der Geburtenüberschuß betrug danach 581 465. Im Jahre 1911 sind nach den vorläufigen Ermittelungen 1 222 634 Kinder geboren, während 732 301 Personen gestorben sind; die Zahl der Eheschließungen betrug 321 158. Sonach ist die Geburtenzahl gegen das vorausgegangene Jahr um 33 979 zurückgegangen, während die Zahl der Todesfälle um 57 153 gestiegen ist, der Geburtenüberschuß ist dementsprechend um 91 132 gesunken und hat nur noch 490 333 betragen. Eine besonders auffällige Erscheinung der letzten zwei Jahre ist die abnehmende Geburtenzahl bei steigender Ehefrequenz. Die Geburtenzahl von 1910 lag um 35 119, die von 1911 sogar um 69 098 unter dem zehnjährigen Durchschnitt von 1901 bis 1910, während die Zahl der Eheschließungen sich im ersteren Jahre auf 10 154, im letzteren auf 20 897 über diesen Durchschnitt stellte.

Düsseldorf, 25. April. Der Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten und die freie Vereinigung sind vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu einer Besprechung der Wahlordnung und sonstigen Fragen der Angestelltenversicherung auf den 17. Mai nach Berlin geladen worden.

Parlamentarisches.

* **Die Budgetkommission des Reichstag** setzte am Freitag die Beratung des Etats für Ostafrika fort. Dabei brachte ein Zentrumsabgeordneter den Fall des Regierungsrats v. Wächter zur Sprache und führte aus, v. Wächter sei zu Unrecht wegen Meineides verurteilt und in der oberen Instanz glänzend freigesprochen worden. Die Verwaltung treffe der Vorwurf, daß sie die Prüfung des Falles nicht genügend vorbereitet habe. In Daressalam müsse mit eisernem Besen gekehrt, die Unkameradschaftlichkeit und Klatschereien der Beamten dort müßten beseitigt werden. Staatssekretär Dr. Solf bedauerte ebenfalls die Klatschereien in Daressalam und bemerkte weiter, für den Fall v. Wächter könne die Verwaltung nicht verantwortlich gemacht werden. Mit dem endgültigen Urteil solle man zurückhalten, bis

das Urteil des Oberrichters hier eingetroffen sei. — Sozialdemokratische und fortschrittliche Abgeordnete übten ebenfalls scharfe Kritik an dem Verhalten eines Teiles der Beamten in Daressalam und wünschten Erwägungen betreffend Einsetzung einer Berufungsinstanz bei den deutschen Gerichten. Erforderlich sei ein Kolonialgerichtshof mit dem Sitz in Deutschland. Staatssekretär Dr. Solf erwiderte, die Verwaltung sei damit beschäftigt, einen Gesetzentwurf betreffend den Kolonialgerichtshof entsprechend den Beschlüssen des Reichstages auszuarbeiten; der Entwurf werde dem Reichstage zugehen. Nationalliberale und konservative Abgeordnete schnitten dann die Arbeiterfrage an. Gouverneur von Rechenberg äußerte sich über diese Frage sowie über die Verhältnisse der Ansiedler und der Plantagenbesitzer, besonders in den Nordbezirken. Für das Pflücken der Baumwolle müßten auch Kinder verwendet werden; aber ihre Beschäftigung sei nur vorübergehend. Es seien indes keine schulpflichtigen Kinder, denn eine Schulpflicht bestehe nicht. Einer Kinderausbeutung werde die Regierung entgegentreten. Der Staatssekretär fügte ergänzend hinzu, das Gouvernement habe die Bezirksämter angewiesen, den Schulbesuch der Kinder zu fördern. Ein nationalliberaler Abgeordneter brachte einen Wunsch der Ansiedler vor, die Tätigkeit der Inder etwas zu beschränken. Die Selbstverwaltung solle mehr durchgeführt werden. Gouverneur v. Rechenberg äußerte sich hierzu. Bei dieser Frage sei zu berücksichtigen, daß die Farbigen 85 Prozent der Steuern aufbrächten. Für die Uebertragung des Bestimmungsrechts über zehn Millionen Farbige an 2000 selbständige Europäer seien Kautelen erforderlich. Bei der Inderfrage seien die Bestimmungen der Kongoakte zu berücksichtigen. Die Inder säßen schon 1000 Jahre in Ostafrika. In Tanga seien im ganzen 27 Deutsche wahlberechtigt. Ein nat.-lib. Abgeordneter wünschte nicht ein Vorgehen gegen die anständigen Inder, wohl aber gegen die schmutzigen, die vielfach Verbreiter der scheußlichsten Krankheiten seien. Die Selbstverwaltung könne nicht nach der Höhe der Steuer bemessen werden. Die Schwarzen ständen hinter den Weißen kulturell weit zurück. — Für Baumwollkulturversuche bewilligte die Kommission die angeforderten 180 000 ℳ d. i. 70 000 ℳ mehr als im Vorjahre, um so lieber, als die bisherigen Bemühungen erfolgreich waren. Nach Mitteilungen des Gouverneurs v. Rechenberg bestehen bereits in verschiedenen Distrikten gut florierende Baumwollschulen. Die vorjährige Ernte ist auf 5000 Ballen gestiegen. Zum Schluß besuchte die Kommission sich mit dem neuen Entwurf eines Schutztruppengesetzes. Das Zentrum beantragte die Aufnahme einer Bestimmung, wonach die Anstellung der Offiziere und Militärbeamten der Schutztruppen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen soll. Dies wurde von verschiedenen Seiten als ein Eingriff in die kaiserliche Gewalt bezeichnet, was aber von anderer Seite bestritten wurde. Diese Bestimmung bedeute nur die gesetzliche Festlegung des tatsächlich bis jetzt schon bestehenden Zustandes. Der Antrag wurde zurückgezogen und die Regierung gebeten, einen neuen Vermittlungsvorschlag zu machen.

* **Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Deckungsvorlage** hat sich am Freitag abend konstituiert. Wie wir hören, wird die Zentrumsfraktion in die Kommission delegieren, die Herren Herold, Kring, Müller-Fulda, Speck, Sperlich, Graf Sandizell und Zehnter.

⊙ **Die Steuergesetzkommission des Abgeordnetenhauses** setzte die Beratungen des Einkommensteuergesetzes bei § 35 fort, der den Landrat als Vorsitzenden der Veranlagungskommission festsetzt. Hierzu lag ein nationalliberaler Antrag vor, den Landrat als Vorsitzenden zu beseitigen. Dieser Antrag wurde schließlich abgelehnt und § 35 fand unveränderte Annahme.

Marokko.

Paris, 27. April. **(Telegramm.)** Mehreren Blättern zufolge sei die Mehrheit der Minister, Ministerpräsident Poincaré an der Spitze, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß angesichts der bestehenden Zustände in Marokko die militärische und administrative Einrichtung des Protektorates in eine einzige Hand gelegt werden müsse, und da die Erfahrung gelehrt habe, daß die Ernennung eines Zivilisten zum Generalresidenten und eines demselben untergeordneten militärischen Oberbefehlshabers wahrscheinlich zu Weiterungen führen müsse, habe die Ansicht, daß die Generalresidentschaft einem Militär anvertraut werden solle, sehr an Boden gewonnen. Immerhin habe die Idee auch entschiedene Gegner, zu denen außer dem Präsidenten der Republik insbesondere Minister Bourgeois gehöre. Was die Frage der nach Marokko zu entsendenden Verstärkungen anlange, die gleichfalls im heutigen Ministerrat erörtert werden, so halte die Regierung vorläufig einige 1000 Mann für ausreichend.

Paris, 27. April. **(Telegramm.)** Aus Tanger wird gemeldet, daß die Gährung im Charbgebiete zunehme. Nach Arbaua seien dem Rittmeister Barry zwei Kompagnien Kolonialinfanterie und eine Maschinengewehrabteilung als Verstärkung geschickt worden, doch sei es fraglich, ob diese Verstärkungen genügen werden, da auch die von Barry befehligten scherifischen Truppen meutern dürften. Die Rückwirkung der Ereignisse von Fez auf die Meuterer von Arbaua werden sich wohl auch im Norden Marokkos fühlbar machen. Man könne nicht leugnen, daß bereits unter den europäischen Ansiedlern in Tanger sich eine gewisse Beunruhigung bemerkbar mache. Wenn diese auch nicht ganz gerechtfertigt sein dürfte, täte die Regierung doch gut daran, durch Entsendung einiger Kriegsschiffe die Besorgnisse der Europäer zu zerstreuen.

Elsfar, 27. April. **(Telegramm.)** Major Michelangeli traf heute mit zwei Kompagnien Kolonialtruppen im Lager von Arbaua ein. Die Instrukteure sind unverletzt. Man befürchtet, daß die Dschebalas, unterstützt von aufrührerischen Reitern, einen nächtlichen Angriff machen. Unter den Reitern befinden sich dem Vernehmen nach mehrere aus Fez entflohene militärische Chargen.

Persien.

London, 27. April. **(Telegramm.)** Die „Morning Post" meldet aus **Teheran** vom 25. April: Die Beschießung der Moschee in Meshed durch die Russen hat die Bewegung unter den Mullahs gefördert, die mit einem heiligen Krieg gegen die Fremden drohen. Der Hauptführer, Said Ali, ist wegen aufrührerischer Reden verhaftet worden. Eine Deputation von Mullahs hat dem Regenten erklärt, daß er abgesetzt werden würde, wenn er im gegenwärtigen Augenblicke Persien verlassen würde. Man glaubt, daß Nassr el Mulks Reise nach Europa infolge der Haltung der Mullahs aufgegeben werden wird.

Amtliche Nachrichten.

Aus dem Amtsblatt der Königlichen Regierung. Dem Arzt Dr. Fritz Köller in Bevergern ist der Charakter als Sanitätsrat verliehen. Der Gutsbesitzer Wenzeslaus Everwand in Dackmar ist zum zweiten Beigeordneten für das Amt Sassenberg ernannt worden. Die örtliche Aufsicht über die katholische Schule zu Metelen, Kreis Steinfurt, ist bis auf weiteres dem Kreisschulinspektor Schulrat Schürhoff in Burgsteinfurt übertragen worden. Der bisherige Inhaber dieses Nebenamtes ist gestorben. Dem Pfarrer Plankermann in Rhade ist die örtliche Aufsicht über die katholische Volksschule in Rhade übertragen worden. Der Kandidat des Lehramtes an höheren Schulen, Dr. Bette, von dem Realgymnasium in Iserlohn, ist zum Oberlehrer an der Realschule mit Reformprogymnasium i. E. in Gladbeck ernannt worden.

* Die Landgerichtsräte **Gusinde** in Frankfurt a. M. und **Uterma** in Dortmund, sowie der Amtsrichter **Borchert** vom Amtsgericht Berlin Mitte sind zu Oberlandesgerichtsräten in Hamm ernannt worden. — Zum Gerichtsassessor ernannt Dr. **Schulte** im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Hamm.

Städtisches.

Münster, 27. April.

§ **Militärpersonalien.** Im Beurlaubtenstande befördert zu **Hauptleuten: Tosse** (4 Berlin) des 2. Westf. Feld-Art.-Regts. 22, **Willebrand** (Münster) des Inf.-Regts. Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westf.) Nr. 15, **Hollweg** (Barmen), Oberlt. der Ref. des Westf. Train-Bat., zum Rittm.; zu **Oberlts.** die Lts.: **Northoff** (Münster) des 2. Unter-Elsäss. Inf.-Regts. Nr. 137, **Drißen** (Recklinghausen) des Westf. Train-Bat. Nr. 7. Im Beurlaubtenstande **der Abschied bewilligt: Hertel** (Münster), Hptm. der Landw.-Inf. 2. Aufg. mit der Erlaubnis zum Tragen der Landwehr-Armee-Uniform, **Berger** (Münster), Hptm. der Landw.-Feldart. 2. Aufg., mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bish. Uniform, **Schmahl** (Münster), Lt. des Landw.-Trains 2. Aufg.

Zum Stabsarzt befördert der Oberarzt der Ref. **Dr. Heüvel-dop** (Münster).

☐ **Personalveränderungen im Bereiche der Königlichen Oberzolldirektion zu Münster.** Versetzt: Rehnert, Oberzollkontrolleur, Zollinspektor, vom Zollamt I Bahnhof in Gronau als Oberzollkontrolleur für den Bezirksdienst nach Dülmen. Thieme, Oberzollkontrolleur des Bezirksdienstes in Dülmen an das Zollamt I Bahnhof in Gronau. Struve, Oberzollkontrolleur, Zollinspektor in Arnsberg als Oberzollkontrolleur für den Bezirksdienst nach Königsberg. Pickhardt, Oberzollkontrolleur, Zollinspektor in Schkeuditz (Sachsen) als Oberzollkontrolleur für den Bezirksdienst nach Arnsberg. Bauß, Zollsekretär vom Zollamt I Bahnhof in Gronau als Oberzolleinnehmer an das Zollamt in Lüdenscheid. Zu Zollsekretären befördert: **Lappe**, Zollpraktikant Bureauhilfsarbeiter bei der Oberzolldirektion in Münster unter Versetzung an das Hauptzollamt in Minden. Busch, Zollpraktikant beim Zollamt I in Bocholt. Keller, Zollaufseher in Bielefeld unter Versetzung an das Zollamt I in Borken. Versetzt: die Zollassistenten **Noortwyck**, beim Zollamt I in Hagen Stadt an das Zollamt I in Münster Hafen, Bode, beim Zollamt I in Gronau an das Zollamt I in Hagen, Hilmer, beim Zollamt I in Borken an das Zollamt I in Gronau, Göring, beim Zollamt I in Gellenkirchen an das Zollamt I in Borken, **Schöning**, beim Zollamt I Münster Hafen zur Registratur der Oberzolldirektion in Münster. Befördert: Schulz, Zollaufseher in Werl zum Zolleinnehmer unter Versetzung an das Zollamt in Oldenkott, Nolte, Zollaufseher vom Hauptzollamt in Dortmund zum Zollassistenten unter Versetzung an das Zollamt I in Bocholt. Versetzt: Mader, Zolleinnehmer in Oldenkott als Zollassistent an das Zollamt I in Gellenkirchen.

⊙ **Von der Universität.** Die Doktorwürde in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät erwarb sich Herr H. Poelmann. Die Dissertation lautete: Der Jura von Hellern bei Osnabrück.

☐ **Hansa, kath. kaufm. Verein.** Generalversammlung vom 26. April. Die Verlesung des Jahresberichtes zeigte eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl, die jetzt auf 326 angewachsen ist und gab ein gutes Bild von dem regen Vereinsleben im abgelaufenen Jahre. Außer den üblichen Festlichkeiten, die alle einen guten Besuch zu verzeichnen hatten, wurden eine Anzahl Vortragsabende zum Teil mit Lichtbildern veranstaltet mit handelswissenschaftlichen, sozialpolitischen, apologetischen und unterhaltenden Vorträgen. Die Rechnungslage des Vereins ist eine gute, der Etat für das kommende Vereinsjahr mit 3320 ℳ Einnahme und Ausgabe wurde genehmigt. Durch die Stellenvermittlung wurden von 50 angemeldeten Stellen 31 besetzt, die Krankenkasse erhielt einen Zuwachs von 11 Mitgliedern und schließt mit einem Ueberschuß von 500 ℳ ab, die Sterbekasse zählt 31 Mitglieder mit 34 000 ℳ Versicherungssumme. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige erste Vorsitzende Herr Anton Schultz unter lebhaftem Beifall durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Von den satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitgliedern wurde Herr Lühn wiedergewählt und die Herren Grafe, Lodde, Badde und Neuhaus neugewählt.

☐ **Die untenstehenden Sprechstellen sind an das hiesige Orts-Fernsprechnetz neu angeschlossen worden:**

1193 Linnemann u. Co., Hafenstraße 46.
1222 Krefe, Dr., Stadtarzt, Woldeckerstraße 5.
1249 Schmedding, Rentner, Langenstraße 25 I.
1290 Stracke, Anton, Wesselerstraße 28.
1318 Krobitzsch, L. A., Präsident, Burchardstraße 26.
1740 Steinbruch-Berufsgenossenschaft Sektion V, Gutenbergstraße 17.
1773 Freifrau Droste zu Senden, Königstraße 40—41.
1872 Rahrmann, B., Marienpforte 5.
1799 Jacobi, B., Alterumstraße 5.
2196 Emmermacher, Ferdinand, Südstraße 93.
863 Laumann, Martin, Friedrichstraße 9.
1343 Holthausen, H., Rechtsanwalt, Prinzipalmarkt 1.
744 Berliner Hof, Woldeckerstraße 15.
919 Schaphorn, Georg, Neubrückenstraße 55—56.
1009 Rhkamp, Kaspar, Schillerstraße 36.
1195 Grüter, August, Schmalestraße 12.
1606 Durwin, Julius, Achtermannstraße 16.
1768 Heideck, Arthur, Konolstraße 32 III.
1778 Rademacher, H., Kinderhäuserstraße 17.
2115 Kgl. Oberzolldirektion, Alter Steinweg 31—32
2079 Postbaubureau, Bahnhofstraße 40.
2115 Kgl. Hauptzollamt, Alter Steinweg 22—24.

Provinzielle Nachrichten.

* **Coesfeld**, 26. April. Im Hotel Schwartz fand am Donnerstag eine Versammlung hiesiger **Gewerbetreibender** statt, um verschiedene, Gewerbe und Verkehr am Platze fördernde **Gegenstände** zu erörtern und diesbezügliche Beschlüsse zu fassen. An den Verhandlungen, die von Hotelier L. Schwartz geleitet wurden, nahm auch Herr Bürgermeister Lübbesmeyer teil. Zunächst beschäftigte man sich mit dem schon früher angeregten, leider aber nicht zur Ausführung gelangten Eisenbahnprojekt Coesfeld-Gescher-Stadtlohn. Nachdem nun neuerdings die Handelskammer Münster auf eine Eingabe des Magistrats der Stadt Stadtlohn die Unterstützung eines derartigen Projektes zugesagt, soll auch der hiesige Magistrat darum angegangen werden, an dem Zustandekommen dieser Bahnverbindung zu arbeiten. Eine Rentabilität der Strecke ist, wie der Versammlungsleiter bemerkte, ohne Zweifel vorhanden, da sich sonst Stadtlohn um den Ausbau der Bahn nicht bemühen werde. Bürgermeister Lübbesmeyer empfahl die Einreichung eines diesbezüglichen Gesuches an die Stadtvertretung und sicherte die größtmöglichste Unterstützung des Projektes zu. Ein weiteres Gesuch soll an die Eisenbahndirektion Münster gerichtet werden, um die Durchführung des Sonntagsnachmittagszuges von Münster nach den Baumbergen bis Coesfeld zu erreichen. Gleichzeitig soll der Vorstand des B.-V. in Münster ersucht werden, bei der Eisenbahndirektion in der gleichen Angelegenheit vorstellig zu werden. — Um einen Antrag wegen Einführung von Sonntagskarten nach Coesfeld zum Besuche der Baumberge einreichen zu können, hatte sich Hotelier Schwartz bereits mit den Orten Bocholt, Borken, Ramsdorf, Velen und Gescher in Verbindung gesetzt. Nach den eingelaufenen Antworten würden es die Einwohner dieser Plätze mit Freuden begrüßen, wenn für die Verbindung nach Coesfeld Sonntagskarten eingeführt würden. Namentlich Gescher würde es freudig begrüßen, da von Mai ab ein Spätzug von Coesfeld nach Gescher eingelegt wird, der es ermöglicht, die schönen Ausflüge in die Baumberge voll und ganz auszunützen. Mit Ausnahme von Borken, das noch zweifelhaft antwortete, will man sich dem Antrage in jeder Weise anschließen. — Am Schluß der Versammlung wurde die Gründung eines Verkehrsvereins beschlossen. Die Vorstände der Handwerker-, Wirte-, Detaillistenvereine und Innungen wählten eine Kommission zwecks Ausarbeitung der Statuten.

⊙ **Ottmarsbocholt**, 27. April. Das **Kleinbahnprojekt Coesfeld, Rottuln, Appelhülsen, Senden, Ottmarsbocholt, Davensberg, Alcheberg vor dem Scheitern.** Man schreibt uns: Die Linienführungsvermessung erstreckte sich auf diese Ortschaften. Gleich bei der Einleitung im Jahre 1910 stand das Projekt vor dem Scheitern wegen der Nichtbewilligung der seitens der Gemeinde Alcheberg zu tragenden Grunderwerbskosten (Fehlbetrag 11 000 ℳ). Auf Vorstellung des Landrats des Kreises Lüdinghausen wie des Amtmanns der Aemter Ottmarsbocholt und Senden wurde dieser Fehlbetrag von letzteren beiden Gemeinden mit übernommen. Im Jahre 1911 erhielt das Projekt wegen der von Coesfeld verweigerten Kostenübernahme den Namen Rorup-Alcheberg. Aber noch nicht genug, im Jahre 1912 tritt Alcheberg mit einem eigenartigen Plan hervor, die Verlegung und Einmündung der Linie von Ottmarsbocholt direkt auf Alcheberg ohne Ravensberg zu berühren und stellt hierzu 60 000 ℳ bereit. Als Motivierung vermutet man, den Minister mit verbesserten Beweggründen dienen zu können, was die Erreichung eines Güterbahnhofes bei dem in Aussicht stehenden Bahnbau Dortmund-Münster — den Alcheberg als Hauptaufgabe verfolgt — ermöglicht. Die Kleinbahnlinienverlegung erscheint daher mehr als Vorwand. Ottmarsbocholt ist mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, weil die Verlegung einen Umweg von 6 Kilometern bedeutet, um die Provinzialhauptstadt Münster zu erreichen, und Ottmarsbocholt dadurch dauernd mit jährlichen Mehrkosten belastet wird. Die Gemeinde ist daher durch einstimmigen Beschluß von den früheren diesbezüglichen Beschlüssen zurückgetreten, falls die zuerst vermessene Linie mit Davensberg nicht eingehalten wird. Dieser einstimmige Beschluß wurde vom eigenen Amtmann beanstandet, so daß die Gemeinde die Angelegenheit im Verwaltungsstreitverfahren zum Austrag bringen muß.

* **Ahlen**, 27. April. Der Wahl des bisherigen Leiters des in der Entwicklung begriffenen **Realprogymnasiums** in Ahlen, Professors Dr. Wilhelm Bock zum Direktor dieser Anstalt ist die Allerhöchste Bestätigung erteilt worden.

⊙ **Büngern** bei Bocholt, 27. April. Die Gemeinde Büngern, die kürzlich eine eigene Schule erhielt, beabsichtigt jetzt, eine **Kunststraße** von Bocholt durch Büngern nach Krechting zu bauen, um dort an die Chaussee nach Rhede anzuschließen. Neben Provinzial- und Kreisbeihilfe rechnet sie auf Unterstützung durch die Gemeinde Krechting, während sie selbst außerdem die Unterhaltung übernimmt.

* **Dortmund**, 27. April. **Bankier Ohm** hat die gegen die Ablehnung der Haftbeschwerde beim Oberlandesgericht zu Hamm eingelegte Berufung zurückgezogen, dagegen aber eine neue Haftbeschwerde gegen die ausgedehnte Untersuchungshaft der Dortmunder Strafkammer überreicht.

* **Witten**, 25. April. Die **Zentralisierung der Straßenbahnen** des Industriebezirks wird in die Wege geleitet. Als ein solches Unternehmen stellt sich die zu bildende „Westfälische Straßenbahn-Gesellschaft m. b. H." dar. Unsere märkische Straßenbahn, an der Witten mit 1 340 000 ℳ beteiligt ist, soll darin aufgehen. Mit großer Mehrheit haben die Stadtverordneten dem diesbezüglichen Antrage des Referenten nach der Vorlage des Magistrats zugestimmt. Erster Bürgermeister Laue legte überzeugend dar, daß der Beitritt zu der „Westfälischen Straßenbahn-Gesellschaft m. b. H." für Witten nur vom größten Nutzen sein könne. Nach einer fast dreistündigen Debatte stimmten die Stadtverordneten dem Magistratsantrage auf Uebergabe fast einhellig zu. Zum Schluß der Verhandlungen wurde noch die Magistratsvorlage einhellig angenommen, dem Justizminister die Errichtung eines neuen Amtsgerichtsgebäudes zu empfehlen.

☐ **Bochum**, 26. April. Die **Stadtverordneten** stimmten dem Abschluß von Verträgen zu, welche die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse am hiesigen **Stadttheater** betreffen. Bisher wurde das Theater von der Stadt in bescheidener Höhe subventioniert. Jetzt tritt die Stadt in ein Pachtverhältnis mit der Besitzerin des Theatergebäudes, Frau Bauunternehmer Erlemann, ein. Das Theater wird mit einem Kostenaufwande von 120 000 ℳ zweckdienlich umgebaut und alsdann der Stadt auf eine Pachtdauer von zehn Jahren gegen einen jährlichen Pachtzins von 39 000 ℳ überlassen. Die Stadt überläßt ihrerseits das Theater völlig pachtfrei auf sechs Jahre dem Hamburger Opernsänger Birrenkoven, der die Leitung übernehmen und mit finanzieller Unterstützung eines Hamburger Konsortiums versuchen wird, das in den letzten Jahren von Mißhelligkeiten mancher Art heimgesuchte Bochumer Theaterwesen auf eine feste Grundlage zu stellen und ihm eine verheißungsvolle Zukunft zu schaffen. Wiederholt wurde in der Debatte auch der schädigende Einfluß der Kinematographentheater in ihrem Wettbewerb mit ernsten Kunststätten berührt. Man sprach die Hoffnung aus, daß auf die Dauer der Geschmack des Publikums sich lautern und wieder mehr der Kunstbühne zuwenden werde. — In derselben Sitzung wurde zur Stiftung von Ehrenpreisen für die im nächsten Monat hier stattfindende 4. westfälische Provinzial-Kochkunstausstellung ein städtischer Beitrag von 1000 ℳ bewilligt, ebenso ein Zuschuß in gleicher Höhe zu den Kosten des Regimentsappells ehemaliger 56er. Für die Dortmunder Handwerkerkurse bewilligte das Kolleg'um 500 ℳ, für die hier zu errichtende Fahrschule ebenfalls 500 ℳ und für die Rettungsanstalt Overdyk 1000 ℳ.

* **Essen**, 26. April. Die **Firma Fried. Krupp A.-G.** wird den hundertsten Geburtstag des Mannes, auf dessen Lebensarbeit die Größe der Firma beruht, im kommenden August mit der Hundertjahrfeier der Firma gemeinsam festlich begehen. Am Kamin des Hammers Fritz, des Wahrzeichens der Kruppschen Gußstahlfabrik in Essen aus der Zeit Alfred Krupps, waren heute Flaggenzeichen aufgesteckt. Die Stadt ließ am Grabe und am Denkmal Alfred Krupps Kränze mit Schleifen in den städtischen Farben niederlegen. Die Hundertjahrfeier der Firma Krupp wird voraussichtlich in der Zeit zwischen dem 5. und 11. August begangen werden. Bekanntlich hat der Kaiser sein Erscheinen zu dieser Feier zugesagt.

* **Elberfeld**, 26. April. Mit dem **Neubau** der Firma Leonhard Tietz, der dem Verkehr übergeben worden ist, haben die Firma und der Erbauer, der Düsseldorfer Architekt Professor Wilhelm Kreis, die Stadt Elberfeld um ein künstlerisch bedeutsames Bauwerk bereichert. Die Architektur der ganz in grauem Mainsandstein ausgeführten Fassaden hält sich in einfachen, aber stilvollen modernen Formen. Die 122 Meter lange Hauptfront wird über dem durch fünf Steinfiguren geschmückten Portal von einem kühn geschwungenen, weit ausladenden Giebelbogen beherrscht. Bei der Innenausstattung ist ebenfalls mit wertvollem Material verschwenderisch, aber vornehm und stilgerecht umgegangen worden. Von den Abmessungen des Riesenbaues geben die nachstehenden Zahlen ein Bild: die Fronten sind insgesamt 212 Meter lang, das Haus hat 10 Fahrstühle, 3 Lichthöfe, 6 Treppenhäuser. Der Gesamtflächeninhalt beträgt rund 4030 Quadratmeter, der nutzbare Flächeninhalt der sämtlichen Stockwerke etwa 22 000 Quadratmeter. Das Haus wird erleuchtet durch 5000 Glühlampen und 360 Bogenlampen.

* **Mülheim** (Rhein), 26. April. Nahe der Grenze von Mülheim wurde auf Stammheimer Gebiet in 70 Meter Tiefe eine **Mineralwasserquelle** angebohrt. Ueber die erschlossene Quelle wird jetzt von der Verwaltung des Wasserwerks eine Halle errichtet. Die Quelle soll ergiebig Wasser liefern.

* **Aachen**, 26. April. Der, (wie in Nr. 213 gemeldet), zum Nachfolger des verstorbenen **Schulpropstes** Dr. Bellesheim vom König ernannte Pfarrer und Abgeordneter Dr. Franz Kaufmann ist geboren am 15. März 1862 als Sohn des bekannten Bonner Oberbürgermeisters Leopold Kaufmann; am 19. März 1888 wurde er in Köln zum Priester geweiht. Nach dreijähriger Tätigkeit als Kaplan an St. Gereon in Köln setzte er während zwei Jahren seine Studien in Rom fort und erwarb sich den juristischen Doktor. Nach kurzer Tätigkeit in Bensberg wirkte er in Aachen als Religions- und Oberlehrer an der höheren Mädchenschule und dann am Realgymnasium. Unter Erzbischof Simar leitete er das Theologenkonvikt in Bonn und bezog dann 1903 die Pfarrstelle St. Lucia in Stolberg. 1908 wurde er als Abgeordneter für Aachen-Land und Eupen in den Landtag gewählt und siedelte 1910 an die Pfarre St. Adalbert in Aachen über.

Hannover, 27. April. **(Telegr.)** Der Bräutigam der in der Eilenriede am 29. März **ermordeten** Martha Sonnenberg aus Moersenberg in Pommern, der Gerichtsunterbeamte Schwandt von hier wurde von der Kriminalpolizei wegen Ermordung seiner Braut verhaftet.

Kirchliche Nachrichten.

☐ **Teilung der Pfarre Recklinghausen.**

Die größte Pfarre der Diözese Münster, die 40 000 Seelen zählende Pfarre Recklinghausen, war seit drei Jahren (nachdem die Riesenpfarre Hamborn in sieben Pfarren zerlegt war) die größte Pfarre der Diözese Münster; sie ist jetzt in sechs Pfarren geteilt, nachdem schon im Jahre 1896 Recklinghausen-Süd von ihr abgetrennt war.

Bei dieser Gelegenheit wird es interessieren, einen Blick zu werfen auf den Werdegang dieser weitausgedehnten Industriegemeinde. Recklinghausen gehörte, wie das ganze West Recklinghausen, von jeher zur Erzdiözese Köln und zwar zum kölnischen Dekanate Dortmund. Durch die Bulle des Papstes Pius VII. De salute animarum vom 16. Juli 1821 wurde auch das West Recklinghausen mit dem Bistum Münster vereinigt. Ursprünglich hatte Recklinghausen sieben Filialkirchen: Der, Suderwich, Flaesheim, Henrichenburg, Herten, Westerholt und Hamm-Bossendorf und erstreckte sich über einen Flächenraum von 75 070 Morgen; ohne diese Filialkirchen hatte Recklinghausen eine Ausdehnung über 36 683 Morgen. Dieser gewaltige Umfang läßt schon vermuten, daß Recklinghausen die älteste Pfarre des Westes, die Mutterpfarre aller, oder der meisten anderen war, denn Tibus bemerkt in seiner Gründungsgeschichte: „Es ist ein überall sich geltend machender Grundsatz, daß die Kirchen, welche große Pfarrbezirke, namentlich Außenkirchspiele haben, die älteren sind. Auch die Tatsache, daß die Pfarre Recklinghausen von Anfang an dem hl. Petrus geweiht war, deutet auf ihr hohes Alter hin, denn nach Kampschulte, Westfälische Kirchenpatrozinien, gehören die dem hl. Petrus geweihten Kirchen zu den ältesten. Wegen der großen Ausdehnung der Pfarre beabsichtigte die Bischöfliche Behörde schon im Jahre 1831 die Abtrennung verschiedener Bezirke: Groß- und Klein-Erkenschwick sollte nach Der, Ehsel und Köllinghausen nach Suderwich, Backum und Disteln nach Herten, Ebbelich und Langenbochum nach Westerholt abgepfarrt werden. Dafür sollte die Vikarie Ss. Fabiani et Sebastiani, die Mertensstiftung und die Nieringstiftung zur Pfarrei geschlagen werden. Aber die Verhandlungen zerschlugen sich. Im Jahre 1875 betrug die Seelenzahl der ganzen Gemeinde St. Peter 7500. Als dann aber infolge der Entwicklung des Bergbaues sich die Zahl in 20 Jahren verdreifachte, wurde 1896 der südliche Teil: Bruch oder Recklinghausen-Süd abgepfarrt. In Bruch war seit 1859 eine Kapelle und ein Schulvikar, 1892 war dort eine geräumige Kirche gebaut. Diese neue Pfarre hatte 1896 bei der Abpfarrung 8625 Seelen, heute aber mit seinen zwei Rektoratbezirken St. Antonius (König Ludwig) und Hochlarmark zusammen schon 26 018 Katholiken. An den Grenzen der alten Pfarre wurden dann Teile abgepfarrt. 1896 wurde die Bauerschaft Ehsel nach Suderwich, 1899 die Bauerschaft Erkenschwick nach Der und Horneburg umgepfarrt. Erkenschwick ist inzwischen schon selbständige Pfarre mit über 5000 Seelen geworden. Bald wurde in der Pfarre St. Peter die Errichtung von Notkirchen ein dringendes seelsorgliches Bedürfnis. 1900 wurde im Süden in Disteln ein Rektorat gegründet, zuerst eine Notkirche und 1903 eine definitive Kirche erbaut. 1903 wurde die große Rosenkranzkirche in Recklinghausen-Ost (Hillen) eingeweiht. 1906 wurde im Süden der Stadt die stattliche Pauluskirche vollendet. 1907 wurde eine Notkirche in Hochlar, 1908 eine Notkirche in Hillerheide errichtet. In der Bauerschaft Lenkerbeck war zwar schon seit dem Jahre 1744 eine Kapelle, diese reichte aber für die dort sich entwickelnde Kolonie der Zeche Auguste Viktoria nicht aus, deshalb wurde 1909 in dem benachbarten Hüls eine Notkirche für 3600 Seelen errichtet. Außerdem haben die Franziskaner, die schon von 1635 bis 1802 in Recklinghausen ein Kloster hatten, in der Bauerschaft Stuckenbusch seit einem Jahrzehnt wieder Kloster und Kirche. Hier sind von den Rektoratbezirken fünf zu Pfarreien erhoben, nämlich Recklinghausen-Ost (8000 Seelen), Disteln (2700 Seelen), St. Paulus (5600 Seelen), Hochlar (2500 Seelen), Hillerheide (3000 Seelen). Trotz dieser Abpfarrung verbleiben der alten Pfarre mit seinen drei Rektoraten Lenkerbeck, Scherlebeck und Hüls noch 18 000 Seelen. Diese kurzen Notizen zeigen die kirchliche Entwickelung einer Gemeinde, die trotz ihrer Ausdehnung von der Lippe bis zur Emscher im Jahre 1872 nur 7500 Katholiken hatte, heute aber nach 40 Jahren (Erkenschwick mitgerechnet) in acht Pfarren und drei Rektorate geteilt über 70 000 Katholiken, also die zehnfache Zahl, aufweist. Im Jahre 1823 hatte Recklinghausen, wie Krabbe, der damals Pfarrer von Recklinghausen war, in seinen „Pädagogischen Erinnerungen" erzählt, eine Knaben- und eine Mädchenschule mit je zwei Klassen und fünf Bauerschaftsschulen. Heute unterrichten auf demselben Flächenraum 119 Lehrer und 114 Lehrerinnen in 253 katholischen Schulklassen 15 146 Kinder. Das ist das Bild von einst und jetzt.

Vermischtes.

Limburg, 25. April. In dem Ort Ellar war eine Frau mit dem Abkochen von Leinöl beschäftigt. Das Feuer schlug in das Oel, und die Flamme ergriff die Kleider der Frau. Sie trug schwere Brandwunden davon, an denen sie bald darauf starb. Die Tochter der Verstorbenen erlitt bei der Hilfeleistung ebenfalls bedenkliche Brandwunden und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Venedig, 26. April. Der Bürgermeister hat aus Korfu folgende Depesche erhalten: An dem Tage, da dank dem hochsinnigen Schwung der ita. zmischen Nation der in seinem alten Glanze als Denkmal der Größe Venedigs wiedererstandene Campanile von San Marco glücklich eingeweiht wird, entbiete ich den Venezianern meinen Gruß und meinen aufrichtigen Wunsch für das Wohl und das Gedeihen der Stadt, in der ich so oft und so gern geweilt habe. Wilhelm I. R.

Newyork, 26. April. Der Dampfer „Romsdal" langte aus Norwegen mit zwölf von einem Eisfelde verursachten Löchern im Rumpf und einer Beschädigung der Schrauben hier an. Er suchte am 26. März 400 Meilen nördlich von der „Titanic"-Unglücksstätte einen Dampfer von etwa 8000 Tonnen, der in einem Eisfeld festlag und Raketensignale gab. Die „Romsdal" suchte in seine Nähe zu gelangen, wurde aber dabei selber derart beschädigt, daß sie von der Hilfeleistung Abstand nehmen mußte; alle Mann mußten an die Pumpen, bis die notdürftigen Reparaturen ausgeführt waren. Um Mitternacht hörten die Raketensignale auf und die Schiffslichter verschwanden. Bei Tagesanbruch war von dem Dampfer nichts mehr zu sehen.

Neueste Nachrichten.

Stapellauf des Linienschiffes „König Albert".

Danzig, 27. April. (Telegr.)

Bei dem heute auf der Schichauwerft erfolgten Stapellauf des Linienschiffes „Ersatz Aegir" hielt König Friedrich August von Sachsen folgende Taufrede:

Vor nunmehr sechs Jahren war es mir vergönnt, einem Dampfer der Handelsmarine bei seinem Stapellauf ein Geleitwort mitzugeben, und dabei der Bedeutung des überseeischen Verkehrs für unser ganzes deutsches Vaterland und für mein Sachsenland insbesondere zu gedenken. Mit noch regerer Bewegung trete ich heute an dieser Stelle, wo ein Schiff vom Stapel laufen soll, das bestimmt ist, die Macht und das Ansehen des Reiches zur See zu bekunden und an seinem Teile dazu beizutragen, die friedliche Mitarbeit der Deutschen im Wettbewerb der Völker sicherzustellen.

In die achtunggebietende Reihe der Linienschiffe „Moltke", „Kaiserin", „Friedrich der Große" und „Prinzregent Luitpold" soll dieses stolze Schiff sich einfügen. Vor uns liegt es: ein Erzeugnis deutschen Gewerbefleißes, kunstvoll gestaltet nach gewissenhafter Vorbereitung durch unsere Marinebehörde, gebildet durch bis ins kleinste treue Arbeit, in seiner Gesamtheit aber ein kraftvolles Ergebnis jener unermüdlichen Fürsorge für des Reiches Wohl und Wehr, für die wir alle unserem Kaiser danken. Ich insonderheit aber danke es Sr. Majestät, meinem treuen Freunde und Bundesgenossen, daß er mit dem Rufe zu diesem Stapellauf mich in so unmittelbare Verbindung bringt mit einem der bedeutungsvollsten Teile seiner Lebensarbeit. Mein ganzes Haus und Land sind gleichzeitig erfüllt mit hoher Freude und herzlicher Zustimmung im ganzen Reiche wird es begegnen, daß nach dem Willen Sr. Majestät des Kaisers dieses Schiff dem G

hausen das Prämiensystem eingeführt ist, haben die Arbeiter jährlich einen Schaden von 200 M. Dieses System muß beseitigt werden, ebenso das Akkordsystem in den Betriebswerkstätten, da die Arbeit in diesen Werken nicht für Akkord geeignet ist.

Der bisherige Urlaub muß allen Bahnunterbeamten und Arbeitern gleichmäßig gewährt werden. Die Rangierer wünschen, daß die Ueberstunden, die sie im Interesse des Dienstes machen müssen, bezahlt werden. Sie wünschen ferner auch die Beseitigung der dreijährigen Karrenzzeit und die beschränkte freie Auswahl.

Abg. **Werner** (Wirtsch. Vgg.): Die Wünsche der Beamten müssen von der Regierung erwogen und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Von einem hygienisch äußerst wertvollen Desinfektionsmittel zur Tötung der Ansteckungsstoffe in den Polstern der ersten und zweiten Wagenklasse sollte weitgehendster Gebrauch gemacht werden.

Abg. **Peirotes** (Soz.): **Wir können dem Minister nicht beistimmen**, wenn er davon spricht, Elsaß-Lothringen habe große Vorteile aus der preußischen Verwaltung gehabt. Für die mittleren und unteren Beamten und die Eisenbahnarbeiter muß mehr gesorgt werden. Auch haben wir noch das Recht, von Hungerlöhnen zu sprechen. Die jetzigen Arbeiterausschüsse sind nichts wert. Sie sind ein Messer ohne Klinge. Die jetzige Besoldungsordnung bei den Reichseisenbahnen muß anders aufgestellt werden, damit die Angestellten früher in den Genuß des Höchstgehaltes kommen. Für die Beamten müssen Beamtenausschüsse eingerichtet werden, die die Wünsche der Beamten der Verwaltung vorzutragen haben. Das Disziplinarverfahren bedarf dringend einer Revision. — Der Redner will dann auf die zu diesem Etat vorliegenden Petitionen eingehen, wird aber vom Vizepräsidenten Paasche darauf aufmerksam gemacht, daß die Petitionen noch besonders behandelt werden.

Den zweiten Vogesendurchstich brauchen wir unbedingt. Die Straße muß dann über Colmar geführt werden. Unsere Stationsgebäude müssen in einem besseren Zustande gehalten werden. Mit der Anwendung seiner preußischen Grundsätze wird der Minister in Elsaß-Lothringen wenig Vorliebe finden. Sein Vorgehen ist vielfach direkt verbrecherisch.

Vizepräsident **Dove** rügt diesen Ausdruck.

Abg. **Peirotes** (Soz.) fortfahrend: Dann will ich sagen, sein Vorgehen ist unerhört und ungerecht. Preußenhaß kennen wir nicht. Der Vorwurf des Ministers trifft uns nicht. Wenn der Minister in sozialer Beziehung den Oberbremser spielen will, dann werden wir dafür sorgen, daß es auch in Elsaß-Lothringen auf der Eisenbahn mit der Sozialpolitik vorwärts geht.

Abg. **Schiffer** (Zentr.): Den Ausschluß des „Simplizissimus" von den Eisenbahnbuchhandlungen halten wir durchaus für berechtigt. Das Streikrecht der Staatsarbeiter ist gar nicht möglich. Ein Zentralarbeiterausschuß mit dem Sitz in Straßburg muß ins Leben gerufen werden zur Geltungmachung allgemeiner Wünsche. (Abg. Mumm ruft: Sehr richtig!)

Minister **v. Breitenbach**: Die Verwaltung ist immer bemüht gewesen, mit der Sozialpolitik auf der Höhe zu sein. Die Löhne sind stetig im Wachsen begriffen. Eine Parallellinie für Oberelsaß wird erwogen. Von der Konzessionsverweigerung zur Schaffung einer elektrischen Schnellbahn ist mir nichts bekannt. Ein Vogesendurchstich würde sehr kostspielig sein. Auch ist mir nicht bekannt, daß Frankreich einen solchen Plan hegt. Es trifft nicht zu, daß die Beamtenlöhne in Elsaß-Lothringen von uns bevorzugt werden. Hungerlöhne werden von uns nicht bezahlt. Die Arbeiter sind so gestellt, daß sie im Laufe der Jahre ihren Unterhalt erheblich verbessern können. Unrichtig ist, daß Arbeiter entlassen sind, weil sie einer bestimmten Organisation angehörten. Sie sind entlassen worden, weil sie einen schweren Disziplinverstoß begangen haben. (Zurufe bei den Soz.) Den Vorwurf, ich hätte in meinem Erlaß gegen die guten Sitten verstoßen, kann ich ruhig hinnehmen. Ich habe keinen andern Zweck damit verfolgt, als dem Staatswohl zu dienen. (Beifall rechts.)

Abg. **Windeck** (Lothr.): Die Verkehrsverhältnisse in Lothringen müssen verbessert werden, namentlich in der Gegend von Diedenhofen. Die Einrichtungen der Bahnhöfe lassen vielfach zu wünschen übrig. Mit einer Aufbesserung der Löhne der Arbeiter dürfen wir nicht zurückhalten, um recht treue Arbeiter zu erhalten.

Die **Generaldebatte schließt.**

Zu Titel1 liegt eine Resolution der Sozialdemokraten vor, wonach den Arbeitern der Reichseisenbahn für die Wochenfeiertage der Lohn bezahlt wird.

Für die Resolution stimmen **bei sehr schwach besetztem Hause** die Sozialdemokraten, einige Freisinnige und der einzige anwesende Nationalliberale.

Die Abstimmung bliebt zweifelhaft, da auch die Rechte und das Zentrum sehr schwach besetzt sind. Es muß **Hammelsprung** vorgenommen werden. Es stimmen für die Resolution 38 dagegen 43 Abgeordnete. **Das Haus ist also beschlußunfähig.**

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und der Etat der Kolonien.

Schluß 4 Uhr.

Berlin, 27. April. **(Telegr.) Die achte Kommission des Reichstages** zur Vorbereitung des Entwurfs eines Gesetzes zur Beseitigung des Branntweinkontingents konstituierte sich unter dem Vorsitz des Abg. Zehnter (Z.). Der Kommission gehören an: fünf Deutschkonservative, sieben Zentrumsabgeordnete, ein Pole, drei Nationalliberale, vier Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei sowie acht Sozialdemokraten.

Abgeordnetenhaus.

w **Berlin**, 27. April. **(Telegr.)**

Am Ministertische Minister des Innern v. Dallwitz.

Präsident Frhr. **v. Erffa** eröffnet die Sitzung um 10,15 Uhr.

Die Beratung des **Etats des Ministeriums** wird beim Titel **„Ministergehalt"** fortgesetzt.

Abg. **Hammer** (kons.) führt aus: Die Kaufleute und Gewerbetreibenden in der Provinz wünschen die Einschränkung des Hausierhandels. Wandergewerbescheine sollten nicht in dem bisherigen Umfange erteilt werden, da die Waren der Hausierer meist minderwertig sind. Die kleinen Berliner Kaufleute beklagen sich, weil sie einer bestimmten Organisation angehörten. Sie sind entlassen worden, weil sie einen schweren Disziplinverstoß begangen haben. (Zurufe bei den Soz.) Den Vorwurf, ich hätte in meinem Erlaß gegen die guten Sitten verstoßen, kann ich ruhig hinnehmen. Ich habe keinen andern Zweck damit verfolgt, als dem Staatswohl zu dienen. (Beifall rechts.)

Abg. **Friedberg**

Man sollte bedenken, daß der Einfluß der Sozialdemokratie stärker wird. Heute, wo die Freisinnigen bei den Wahlen mit den Sozialdemokraten zusammengehen, unterstützen wir die Freisinnigen nicht mehr, sondern lassen sie einfach hineinschlidern. Die Abgg. Liebknecht und Ströbel gehören demselben Volke an, das sie schmähen. (Abg. Liebknecht ruft: Das ist eine Lüge! Er wird vom Präsidenten **zur Ordnung gerufen.**)

Es gibt keinen Staat auf der Welt, der eine höhere Kulturstufe hat, als der deutsche. Da wagen Sie (zu den Soz.), diesen Staat derartig zu beschimpfen. Es ist für unser Parlament ein Jammer, daß Sie uns angehören. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe bei den Soz.)

Ihr Auftreten wird dazu führen, die **Geschäftsordnung zu verschärfen.** (Bravo! rechts.) Besonders gefällt mir die Bestimmung der Deputiertenkammer in Frankreich. Wird da ein Redner ausfallend oder dreimal zur Ordnung gerufen, so wird er nicht nur gewaltsam von Dienern aus dem Saal geführt, sondern es werden ihm auch für vier Wochen die Diäten entzogen. Heiterkeit. und lebhafter Beifall rechts. Der Abg. **Hoffmann** ruft: Der renitente Abgeordnete muß standrechtlich erschossen werden!)

Abg. **Bell** (Zentr.): Der Wunsch des Hauses, daß der Reichstag früher einberufen werde, scheint berücksichtigt zu werden, da verlautet, daß der Landtag vor Pfingsten bis Mitte Oktober vertagt werden soll. Um den Kinematographenauswüchsen entgegenzutreten, sollte für volkstümliche und billige Theatervorstellungen gesorgt werden. Was die Pensionsverhältnisse der Beamten betrifft, so sollte das Pensionsgesetz von 1882 abgeändert werden in der Richtung, daß den Beamten eine bestimmte Rechtsgewähr für ihr Ausscheiden aus dem Amte gegeben wird. Bei der Besetzung höherer Stellen muß eine größere Paritäi herrschen. Gegenwärtig herrscht eine offensichtliche Zurücksetzung der Katholiken auf diesem Gebiet. Was das Wahlrecht betrifft, so haben wir kein parteipolitisches Interesse daran, denn wir sind sowohl beim Dreiklassenwahlrecht als auch beim Reichstagswahlrecht gewachsen. Die Freisinnigen unterstützen die Sozialdemokraten, die gestern so unwürdige Szenen aufgeführt haben. Im Prinzip sind wir für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, aber nach der Erklärung der Regierung können wir doch nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen; wir sind aber bereit, das Wahlrecht volkstümlich auszugestalten. Das unerhörte Auftreten der Sozialdemokraten in diesem Hause hat die Gegnerschaft gegen das Reichstagswahlrecht verstärkt. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wir würden zum Kindergespött werden, wenn wir uns den Terrorismus der kleinen Minderheit gefallen ließen. Was Ihre (zu den Soz.) Beleidigungen und Verleumdungen gegen uns betrifft, so erinnere ich an die Worte, die einstens Waldeck gesprochen hat; er sagte: „Häufen Sie die Beleidigungen auch himmelhoch, den Turm meiner Verachtung werden Sie nicht erreichen!" (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister des Innern **v. Dallwitz**: Die Frage der Wanderlager fällt in das Ressort des Handelsministers. Der Abg. Bell brachte Beschwerden über zu häufige frühzeitige Pensionierungen der Beamten vor. Wir haben aber eine außerordentlich große Anzahl tüchtiger Beamten, die das 65. Lebensjahr überschritten haben; diese werden gegen ihren Wunsch nicht pensioniert, solange sie ihren Dienst versehen können. Bei der Annahme der Beamten spielt **die Frage der Konfession** keine Rolle; zufällig haben dieser Frage drei katholische Referendare das Assessorexamen bestanden, damit ist ihnen die Laufbahn zu den höchsten Beamtenstellen eröffnet. (Heiterkeit.) Ebenso unzutreffend ist die Behauptung, daß die hohen Beamtenstellen nur für die agrarisch-konservativen Kreise reserviert sind. Eine Bevorzugung des Adels findet nicht statt. Bei der Anstellung der Beamten lasse ich mich lediglich von sachlichen objektiven Gesichtspunkten leiten. (Beifall.)

Abg. **v. Woyna** (fk.): Die geschichtliche Entwicklung zeigt, daß in den meisten Ländern die Regierungen vor der Herrschaft der Demokratie immer mehr zurückweichen. Die Dynastien Europas legen bisher eine große Sorglosigkeit an den Tag, was monarchisch und royalistisch gesinnte Männer mit schwerer Besorgnis erfüllen muß. Um so erfreulicher ist es, daß die preußische Regierung eine nicht mißverständliche Absage an die Demokratie erteilt hat. Sehr sympathisch hat uns die gestrige Rede des Abgeordneten Friedberg berührt, die an den guten preußischen Liberalismus v. Bennigsen's erinnerte. Freiherr v. Zedlitz hatte durchaus nicht die Absicht in seiner gestrigen Rede, die Fortschrittliche Volkspartei zu beleidigen. Mehr als die Wahlrechtsreform interessiert das Volk die Frage der Reform der Verwaltung. Ruhe, Ordnung und Sicherheit der preußischen Zustände haben wir der tüchtigen innern Verwaltung zu danken. Was die Entwickelung und das Verhalten der Sozialdemokratie betrifft, so haben wir die Hoffnung verloren, durch Reden etwas zu erreichen; was den Herren gesagt worden ist, war das Aeußerste, was in parlamentarischer Form noch an Kritik gesagt werden kann. Ueberlassen wir die Sozialdemokraten ihrem Schicksal, ihr Grab werden sie sich selbst graben. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Lohmann** (ntl.): Bei den Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage hat das Zentrum lediglich aus taktischen Gründen gehandelt. Je länger die Vorlage hinausgeschoben wird, desto radikaler wird sie sich gestalten. Für den Doktrinarismus der Freisinnigen in dieser Frag habe ich kein Verständnis. Was nützt der schönste Liberalismus, wenn er in der Gesetzgebung ausgeschaltet ist? Wenn das Zusammengehen mit den Konservativen uns immer wieder vereitelt wird, tragen nicht wir daran die Schuld, sondern die Gegenseite. In der Kritik gegenüber Bassermanns, sind die rechtsstehenden Organe weit schärfer gewesen, als unsere Angriffe gegen Heydebrand.

Abg. **Pachnicke** (Fortschr. Vpt.): **Eine Mehrheit für das direkte geheime Wahlrecht ist hier vorhanden. Der große Erfolg Bülows** war der Rückgang des Radikalismus, der Erfolg der Bethmannschen Politik ist das Steigen der radikalen Flut. (Zurufe rechts: Durch Ihre Schuld!) Das Zentrum hat keinen Grund, sich über unser Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zu entrüsten. Es hat wiederholt Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten geschlossen. Auch die Nationalliberalen tuen dasselbe in Baden was uns vorgeworfen wird. Das Wort von der Vorfrucht der Sozialdemokratie, ist doch ein zu alter Ladenhüter. Auch wir mißbilligen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie im Interesse des Ansehens des Parlaments. Man darf aber den Schutz der Minderheit nicht außer Acht lassen. (Beifall links.)

Abg. **Strosser** (k.): Die Bestrebungen zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild unterstützen wir aufs wärmste. Die Mißstände bei den Volksbädern und Familienbädern müssen beseitigt werden. Der Abg. Liebknecht sprach von Raubrietterburgen der Junker. Die Junker haben die Scharte von 1806 hundertmal gut gemacht. Die Burgen des modernen Raubrittertums, die dem Volke hunderte von Millionen aus der Tasche ziehen, stehen ganz wo anders. Die nationalliberale Presse hat in unglaublicher Weise gegen v. Heydebrand gehetzt. Das Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie wird den Freisinnigen als Kainszeichen anhaften.

Ein **Regierungskommissar** bespricht kurz die Verordnungen über das Automobilfahren.

Hierauf wird die **Besprechung geschlossen.**

Es folgen **persönliche Bemerkungen**, wobei die Abgg. Hirsch-Berlin und Leinert (Soz.), je einen, der Abg. Liebknecht (Soz.) zwei **Ordnungsrufe** erhalten. Ebenso wird der Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) zur Ordnung gerufen, als er bemerkte: Wir haben nicht gewußt, daß wir eine solche Sorte von Sozialdemokraten bekommen würden!

Damit ist der **erste Teil der Besprechung erledigt.**

Es folgt die Erörterung der Schleswig-Holsteinschen Frage.

Achilleion, 27. April. **(Telegramm.)** Der Kaiser hörte heute vormittag die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts, des Militärkabinetts und des Marinekabinetts, sowie dem des Vertreters des Auswärtigen Amts.

Berlin, 27. April **(Tel.)** Der „Lok.-Anz." meldet aus Wilmersdorf: Als der bejahrte Pfarrer a. D. Liebig gestern infolge eines Anfalles von Unwohlsein **ein Schnäpschen trank**, wurde er innerhalb weniger Minuten **bewußtlos.** Die Haushälterin holte ihren Mann, der **den Stöpsel der Flasche ableckte** um den Inhalt festzustellen. Auch er erkrankte und bekam auf dem Transport in das Lichterfelder Krankenhaus einen **Tobsuchtsanfall.** Er wurde heute früh wieder entlassen, während der Pfarrer heute früh **starb,** ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Vermutlich enthielt die Flasche Atropin. Auch ein Apotheker, der von der Flasche genoß, ist erkrankt; er befindet sich aber außer Gefahr.

Jena, 27. April. **(Telegr.)** Zwischen Jena und Apolda geriet infolge Reißens der Bremskette ein Automobil in den Straßengraben. Der Chauffeur ist schwer verletzt.

Mainz, 27. April. **(Telegr.)** Streikende Winzer haben **in den Weingärten** des Oberrheins **aufs neue große Zerstörungen** angerichtet. Es ist noch nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

St. Goarshausen, 27. April **(Tel.)** Auf einem hier ankernden Krahnenschiffe wurde zufällig während der Abwesenheit des Maschinisten eine **Falschmünzerwerkstatt** entdeckt. Dabei wurden auch Formen für 5- und 2-Markstücke gefunden. Der in Ludwigshafen wohnende Maschinist wurde verhaftet. Die Untersuchung ist eingeleitet, ob weitere Schiffsangehörige an der Falschmünzerei beteiligt sind.

Paris, 27. April **(Tel.)** Der in Rambouillet tagende **Ministerrat beschloß, General Liautey zum Generalresidenten von Marokka** und Gaillard, den gegenwärtigen Konsul in Fez, zum Generalsekretär dortselbst zu ernennen. Regnault, der bisherige Gesandte in Tanger, erhält einen Gesandtenposten in Europa.

Petersburg, 27. April. **(Telegr.)** „Rjetsch" meldet: Russische Kapitalisten beschlossen unter Führung russischer Firmen in Kiachta, der **Mongolei eine Anleihe** zu gewähren. Als Sicherheit sollen Konzessionen auf die Goldlager dienen. Die russische Regierung hat nichts einzuwenden.

Gibraltar, 27. April. **(Telegr.)** Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" haben zwei in Algeciras und San Roque stehende **spanische Regimenter** gestern abend plötzlich Befehl erhalten, sich **nach Larrasch einzuschiffen.**

Automobilunfälle.

Krefeld, 27. April. **(Telegr.)** Zwischen hier und Duisburg rannte in der letzten Nacht ein mit mehreren Personen besetztes Automobil gegen einen Chausseebaum. Die Insassen wurden herausgeschleudert und blieben schwer verletzt die Nacht über auf der Chaussee liegen.

Swinemünde, 27. April **(Tel.)** Bei dem Orte Ueckeritz auf Usedom geriet gestern abend ein Automobil ins Rutschen und stürzte um. Einer de rdrei Insassen, der Ingenieur Jahisch von der A. E. G. in Berlin geriet unter das Fahrzeug und wurde getötet. Der Ingenieur Wachmann aus Stettin ist schwer verletzt. Der Fahrleiter, Ingenieur Ritter, der Leiter des hiesigen Provinzialbureaus, erlitt eine leichte Quetschung.

Feuersbrunst in Damaskus.

Damaskus, 27. April. **(Telegr.)** In der vergangenen Nacht brach im Bazarviertel ein großer Brand aus, der den größten Teil des Viertels einäscherte und **bis jetzt noch nicht gelöscht** werden konnte. Das Gebäude der Ottomanbank ist durch das Feuer bedroht. **Mehrere Tote sind bereits geborgen. Der Schaden** wird schätzungsweise auf 50 000 000 Francs angegeben. Militär beteiligt sich an den Löscharbeiten.

Luftschiffahrt.

Weida, 27. April. **(Telegr.)** Ein mit zwei Offizieren besetzter Militär-Doppeldecker Albatroß, der gestern abend von Leipzig nach Weimar weiterflog, verirrte sich bei Naumburg an der Saale. Die Notlandung bei Gräfenbrück erfolgte so unsanft, daß der **Apparat in Trümmer ging.** Die beiden Offiziere wurden hinausgeschleudert. Leutnant Cörper blieb unverletzt. Leutnant Fint erlitt eine Fußverstauchung und wurde nach Weida gebracht.

Deidesheim (Pfalz), 27. April. **(Telegramm.)** Reichsrat Franz Buhl stiftete für die **internationale Flugspende** 10 000 Mark.

Handels-Nachrichten.

* **Apierbecker A.-G. für Bergbau, Zeche Margarethe.** Telegraphisch wird uns aus Dortmund, 27. April, berichtet: Die heutige Generalversammlung setzte die Dividende auf 7 (6) Proz. fest. Das Aufsichtsratsmitglied Bankier Joh. Spiegelberg in Hannover wurde wieder- und für ein verstorbenes Aufsichtsratsmitglied der Direktor Hermann Wildt-Hannover neugewählt. Seitens der Direktion wurde mitgeteilt, daß der Rohüberschuß des 1. Quartals 1912 104 512 M betrage gegen 103 984 M in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die einzelnen Zweige des Betriebes hätten in den Monaten Januar und Februar ein wesentlich besseres Resultat als in der gleichen Zeit des Vorjahres ergeben; dagegen habe der Bergarbeiterausstand im März einen erheblichen Ausfall gebracht. Wenn trotzdem das gleiche Ergebnis erzielt worden sei, so sei dabei noch besonders zu berücksichtigen, daß für höhere Löhne und vermehrte Syndikatsumlagen im letzten Quartal 30 000 M mehr nötig gewesen seien als im Vorjahre. Die Aussicht für die Zukunft erscheine nicht ungünstig. Zwar werde man mit einer weiteren Erhöhung der Bergarbeiterlöhne rechnen müssen, der aber wahrscheinlich ein größerer Umsatz gegenüberstehen werde. Durch den Arbeiterausstand in England sei eine gewisse Kohlenknappheit hervorgerufen, die hiesigen Kohle auf längere Zeit eine gute Aufnahmefähigkeit sichere. Dazu komme, daß der übermäßige Wettbewerb infolge des Uebereinkommens zwischen Syndikat und Außenseitern ausgeschaltet sei, so daß die hohen Umlagen sich wohl ermäßigen würden. Da außerdem seit dem 1. April höhere Preise erzielt würden, so würde das Geschäftsjahr 1912, falls nicht Unvorhergesehenes eintrete, wohl ein gutes Resultat verbürgen.

* **Gewerkschaft Friedrich der Große in Herne.** Die Gewerkenversammlung am 26. d. M. erledigte zunächst die Regularien. In Anschluß an den Geschäftsbericht für 1911 wies der Vorsitzende darauf hin, daß man im abgelaufenen Geschäftsjahre 2 Mill. M auf die Werte der Gesellschaft abgeschrieben habe. Das Bankguthaben belief sich am 31. Dezember auf ca. 2 Mill. Mark. Den Schacht III, Anlage 2, habe man in 1911 bis zur vierten Sohle abgeteuft. Man sei jetzt damit beschäftigt, diesen Schacht zu einer selbständigen Schachtanlage für das Nordfeld auszubauen. Das Kohlen-Syndikat habe dafür eine erste Beteiligung für Koks von vorläufig 75 000 t ab 1. Oktober bewilligt. Die für die Ausführung der Neuanlagen erforderlichen Mittel werde man aus den Rücklagen bestreiten. Eine Kokerei mit Nebenprodukten sei bereits vorhanden. Was den Streik betreffe, so hätten auf den Schachtanlagen der Gesellschaft in den ersten Tagen 60 Proz. gestreikt, späterhin ging diese Zahl auf 27 Proz. zurück. Trotz des Streiks habe sich aber im März der Absatz auf 90 Proz. gehalten. Der Ueberschuß für das erste Vierteljahr 1912 belief sich auf 500 000 M gegen 463 000 M im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Ausbeute werde man mit 300 M im Vierteljahr beibehalten. Was die Marktlage anlange, so sei diese zurzeit außerordentlich günstig, so daß die ganze Förderung vom Syndikat aufgenommen werden könne. Wenn die gute Konjunktur weiter anhalte, so sei mit der Freigabe der Förderung seitens des Syndikats zu rechnen. Die Kohlenpreise seien bekanntlich erhöht worden, außerdem sei zunächst eine Herabsetzung der Umlage zu erwarten. Dagegen seien erheblich steigende Löhne in Rechnung zu ziehen. Der Absatz in Koks läßt zu wünschen übrig. Das Syndikat hat die Einschränkung von 15 auf 22% erhöht; man könne in nächster Zeit höchstens mit einer Abnahme von 80 Proz. der Koksbeteiligung durch das Syndikat rechnen. — Die Gewerkenversammlung genehmigte weiter einen vom Vorstand mit dem **Elektrizitätswerk Westfalen** in Bochum abgeschlossenen Vertrag auf Lieferung von elektrischer Kraft von der Zeche an das Elektrizitätswerk Westfalen. Nach dem Vertrage, der bis zum 1. April 1929 reicht, muß die Zeche in den ersten Jahren jährlich mindestens 1 Million Kilowattstunden, später drei Jahre lang je 1½ Mill. Kilowattstunden und dann 2 Millionen Kilowattstunden jährlich liefern. Der Preis ist ungefähr der gleiche, wie er von dem Elektrizitätswerk Westfalen auch an andere Zechen gezahlt wird. Falls andern Zechen höhere Preise bewilligt werden, muß die Erhöhung auch der Zeche Friedrich der Große zugestanden werden.

* **Westdeutsche Automobil-Aktiengesellschaft in Dortmund.** Die Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Gewinnverteilung, wonach eine Dividende von 4 Proz. zur Verteilung gelangt. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr wurden als befriedigend bezeichnet.

* **Das kommunale Elektrizitätswerk Mark, Hagen,** übernimmt, wie von dort gemeldet wird, 553 000 von den 1 100 000 Aktien der Lenne Elektrizitäts- und Industriewerke zu Werdohl zum Kurse von 62 Prozent.

* **Rheinisch-Westfälisches Zementsyndikat.** Zum 6. Mai sind die Mitglieder nach Düsseldorf zu einer Sitzung einberufen worden, um über die Erneuerung des Syndikats, das bekanntlich Ende des Jahres erlischt, zu beraten. Es gingen Bestrebungen dahin, den Syndikatsvertrag bereits per 30. Juni auf eine Reihe von Jahren zu verlängern. Das hat sich aber als unmöglich erwiesen, und man will deshalb, Blättermeldungen zufolge, um ungestört weiter verhandeln zu können, die Werke veranlassen, sich bei Konventionalstrafe jeglicher Verkäufe für 1913 bis Ende November zu enthalten.

* **Neue russische Millionen ninsolvenz.** Die seit 25 Jahren bestehende Manufakturfirma Gebr. Agischew & Söhne in Charbin hat, wie der „Confektionär" mitteilt, ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen 1 Mill. Rubel. Deutsche Firmen sind stark beteiligt.

* **Baltimore- und Ohio-Bahn.** Die Bruttoeinnahmen im März 1912 beliefen sich auf 8 142 000 Doll. (gegen das Vorjahr 1 188 000 Doll. mehr), die reinen Betriebseinnahmen auf 2 532 000 Dollars (gegen das Vorjahr 322 000 Dollars mehr).

Eigene Drahtberichte des ‚Westf. Merkur'.

Getreide.

* **Berlin**, 27. April. Produktenbörse. Weisen Mai (234¾) 235½, Juli (232¾) 233, Sept. (210¾) 211. Roggen Mai (197) 197¾, Juli (197¼) 198¼, Sept. (179¼) 180. Hafer Mai (201¼) 201½, Juli (201½) 201¾, Sept. (177) —. Mais amer. Mai (—) —, Juli (—) —. Mehl 26,75—29,50. Roggenmehl 22,90—25,10.

* **Stimmungsbericht.** Trotz der Hausse an den amerikanischen Märkten, des wenig günstigen Berichts des Deutschen Landwirtschaftsrats und der Abnahme der Weltabladungen war Weizen hier nur behauptet, da größere Unternehmungslust fehlte und seitens der Wetterwarte Regenfälle in Aussicht gestellt wurden. Roggen war per Mai abgegeben, dagegen per Juli gekauft. Hafer blieb behauptet. Mais still. Für Rüböl wirkte die herrschende Trockenheit stark und erhöhte ausländische Saatenofferten befestigend. Das Wetter ist schön und warm.

* **Liverpool**, 27. April. Roter Winterw. Mai (8/-) 8 0⅝, Juli (7 10¼) 7 10⅝. fest. Mais bunter Amerikaner Mai (6 7½) —, Juli (5 8½) —. ruhig.

Zucker.

* **Hamburg**, 27. März, nachm. 3 Uhr. (Mittelbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg. April (13,75) 13,60, Mai (13,87½) 13,70, Juni (14,02½) 13,80, Aug. (14,27½) 14,07½, Okt.-Dez. (11,55) 11,55, Jan.-März (11,65) 11,65. Alles die 50 kg. stetig.

* **Magdeburg**, 27. April. Kornzucker 88% ohne Sack 14,10-14,25. Nachprodukte 75% ohne Sack 11,30-11,60. Stimmung ruhig. Brodraffinade 1. ohne Fass 25,00-25,50. Krystallzucker 1. mit Sack 00,00-00,00. Gem. Raffinade mit Sack 24,75-25,25. Gem. Melis mit Sack 24,25-24,75. Stimmung ruhig. Bei Abnahme von mindestens 200 Zentnern alles netto Zentner. Rohzucker 1. Produkt Transito frei an Bord Hamburg. April 13,75 Gd., 13,85 Brf., Mai 13,77½ Gd., 13,80 Brf., Juni 13,92½ Gd., 13,97½ Brf., Aug. 14,17½ Gd., 14,20 Brf., Okt.-Dez. 11,50 Gd., 11,52½ Brf., Jan.-März 11,57½ Gd., 11,62½ Brf. Alles die 50 kg. schwach.

Kaffee.

* **Hamburg**, 27. April, nachm. 3 Uhr. (Mittelbericht.) Good average Santos Mai (67¾) 68, Sept. (69) 69¼, Dez. (68½) 68½, März (68¼) 68¾. stetig.

* **Havre**, 27. April, nachm. 3 Uhr 30 Min. Kaffee good average Santos Mai 83½, Sept. 84¼, Dez. 83½, März 83½. ruhig.

Oele und Spiritus.

* **Berlin**, 27. April. Rüböl. April (—,—) —,—, Mai (63,50) 64,00, Okt. (64,80) 65,50.

Baumwolle.

* **Bremen**, 27. April. Baumwolle. Upland middl. loco (60) 59½ Pfg. still.

* **Liverpool**, 27. April, mittags 12 Uhr 45 Min. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Tendenz für Amerikaner loco: willig. Preis: 6,45. Amerikanische Good ordinary Lieferungen —. ruhig. April (6,34) 6,25, April-Mai (6,30) 6,21, Mai-Juni (6,30) 6,21, Juni-Juli (6,31) 6,11, Juli-Aug. (6,31) 6,22, Aug.-Sept. (6,30) 6,20, Sept.-Okt. (6,27) 6.17, Okt.-Nov. (6,25) 6,15, Nov.-Dez. (6,23) 6,13, Dez.-Jan. (6,22) 6,12.

Amerikanische Warenkurse.

* **New York**, 27. April. Baumwolle. Mai (11,26) 11,22, Juli (11,40) 11,39, Okt. (11,51) 11,56, Jan. (11,56) 11,61. fest.

* **Chicago**, 27. April. Weizen. Mai (115⅛) 115⅜. fest.

* **Chicago**, 27. April. Weizen. Juli (112⅝) 113. fest. Mais. Juli (77⅝) 77½. k.stetig. Hafer. Juli (54⅛) 54½. Schmalz. Juli (11,02) 11,00. Pork. Juli (61)35) 19,45.

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

	26. 4.	27. 4.
Privatdiskont	3⅜	3⅜
Wechs. Amst. kurz	—	169,45
„ Brüssel „	—	80,60
„ Italien „	—	80,25
Scheck London	20,475	20,475
Wechs. Lond. kurz	—	20,445
Scheck Paris	81,10	81,25
Wechs. Paris kurz	—	—
„ Wien „	84,725	84,775
4% D. Reichsanl.	101,50	101,50
3½% „ „	90,50	90,50
3% „ „	81,20	81,40
4% Preuss. Kons.	101,70	101,50
3½% „ „	90,70	90,60
3% „ „	81,20	81,50
4% Westf. Pr.-Anl.	99,80	99,80
3½% dto. 1915	88,20	88,50
3½% Münst. St.-A.	—	—
4% Westf. Pfandbr.	99,10	99,10
3½% dto.	90,10	90,10
4% R.-W. Rentenbr	99,70	99,80
3½% dto.	89,50	89,60
4% dto. Bd.-Kr. Pfdbr. IX	98,00	98,00
3½% dto. VI	89,00	89,00

Transport-Werte.

Canada-Aktien	252,50	251,00
Hamb.-A. Packetf.	144,60	144,25
Hansa Dampfsch.	246,25	248,75
Nordd. Lloyd	114,25	115,75

Banken.

Barmer Bankv.	120,00	120,10
Berg.-Märk. Bank	150,10	150,00
Berl. Handelsges.	166,60	166,60
Darmstädt. Bank	127,40	122,00
Deutsche Bank	255,80	255,75
Diskontogesellsch.	183,70	184,00
Dresdner Bank	153,25	153,00
Ess. Kreditanstalt	162,00	161,50
Märkische Bank	101,50	101,50
Nationalb. f. Dtsch.	122,60	122,60
Osnabrücker Bank	128,20	128,10
Rh.-Westf. Disc.	125,20	125,20
Schaaffh. Bankv.	128,00	127,80

Brauereien.

Bochumer Victoria	112,80	112,60
Dortm. Aktien-Br.	372,00	372,00
„ Union-Br.	408,75	406,50
„ Victoria	108,50	108,50
Germania Dortm.	142,60	140,75
Glückaufbr. Gels.	131,50	131,50
Isenbeck Hamm	99,25	100,00
Lindenbr. Unna	70,10	70,00
Löwenbr. Dortm.	—	180,30
Müser Langendr.	140,00	141,00

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Verkehrsw.	202,00	203,25
Allg. Elektr.-Ges.	265,30	267,50
Anglo Cont. Guano	117,75	117,90
Ankerw. Hengst.	125,25	121,75
Aplerb. Bergbau	146,00	146,00
Aumetz Friede	194,25	194,90
Balcke Maschinen	241,60	241,00
Balcke, Teller & C.	112,50	112,80
Bergmann Elektr.	156,50	156,75
Biel. Masch. Dürk.	480,25	483,50
Bismarckhütte	139,80	139,10
Bochum. Gußstahl	230,00	230,90
Böhler	215,00	219,00
Bösperde Walzw.	104,75	104,00
Braunk. u. Brik.-Ind.	198,00	198,50
Buderus Eisenw.	111,75	111,50
Chem. Ind. Gelsen.	153,00	153,50
Cölner Bergwerk	466,75	466,75
Concord. Bergbau	295,25	297,50
Consolidation	359,75	359,50
D.-Lux. Bergw.	185,40	185,50
D. Uebers. Elektr.	177,30

Familiennachrichten.

Geboren. 1 Tochter: Ludwig Wallach, Köln. — Jos. Hausmann jun., Willich.

Vermählt: Kurt Gerstein mit Brunhild Fide, Hagen i. W. — Paul Missy mit Liesbeth Strommenger, Krefeld. — Walther Pick mit Martha Grimes, Krefeld. — Robert Hüskes mit Hedwig Imhoffen, Aachen.

Gestorben: Beigeordneter Louis Coers, 69 J., Lünen. — Fabrikdirektor Gottlieb Röser, 60 Jahre, Dortmund. — Oberregierungsrat a. D. Heinr. Schröder, 68 J. Köln. — Frau Apotheker Voigt, Philippine geb. Hamer, 63 J., Bonn.

Zivilstand der Stadt Münster.

(Nachdruck verboten.)

Geburten: 18. April. T. d. Stukkateurs Heinr. Sommerhage. — 19. April. T. d. Restaurateurs Albert Hoffmann — S. d. Bau-Aufsehers Aug. Habebeck. — T. d. Anstreichers Engelb. Terhaar. — 20. April. T. d. Kaufmannes Heinr. Schröder. — 21. April. S. d. Milchhändlers Karl Michelhoff. — 23. April. S. d. Friseurs & Herm. Laackman. — 25. April. T. d. Kaufmanns Hermann Bükorf.

Aufgebote: 26. April. Krankenpfleger Heinr. Sandmann u. Elis Wiegelmann, b. h.

Heiraten: 26. April. Schneider Korn. Meyer u. Anna Tepe, b. h. — Stuckateur Wilh. Ecke u. Anna Bischoff, b. h.

Sterbefälle: 25. April. Rentner Max Koberg, 79 J. — Sohn des Fuhrmannes Herm. Runde, 1 J. — 26. April. Waffenmeister Wilh. Bertram, 56 J.

Katholischer Gesellen-Verein.

†

Zu dem Begräbnis unseres Ehren-Mitgliedes des Kaufmanns

Anton Borgmann

am Sonntag, den 28. April, nachmittags 3½ Uhr, von Jüdefelderstraße 39 aus, werden die Herren Ehren-Mitglieder hierdurch freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Klein. Landhaus

bei Gremmendorf, villenartig gebaut, mit Stallungen, Hofraum u. Garten, ca. 90 Quadr. Ruten groß, steht zum Verkauf. Preis 14 000.— Mk. Weitere Auskunft gibt

3107 **Lübbert.**

2 herrsch. Wohnhäuser

an der Südstraße, neuzeitlich eingerichtet, mit Stallung u. Wagenremise versehen, mit schönem Vor- und großem Hausgarten, stehen zum Verkauf durch 3108

Lübbert.

Mehrere Hotels und Restaurants

im Münsterlande belegen, mit nachweislichem Umsatze, stehen unter günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkauf. Nähere Auskunft erteilt

3109 **Lübbert.**

Größ. Bauterrains

an der Grevener-, Melchers-, Kinderhauser- u. Marienthalstraße sind im Ganzen oder geteilt zu verkaufen durch

3110 **Lübbert.**

Ziehung 13., 14., 15., 17. u. 18. Mai

Geld - Lotterie zum Ausbau der Veste COBURG

Lose à 3 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. extra.

17 553 Gewinne: Bar ohne Abzug Mk.

360000

Hauptgewinne: Bar Gold Mark:

100000

50000

10000

5000

Coburger Lose usw. zu haben in allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen, durch

Ferd. Schäfer
Düsseldorf, Königs-Allee 52.

Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestrasse 5.

H. C. Kröger
Berlin W., Friedrichstr. 193a.

und dem Preuss. Landeskrieger-Verband, Berlin Geisbergstr. 2.

Rübenschnitzel.

Die **Zuckerfabrik „Lemelerveld"** in **Lemelerveld** (Holland) wünscht für den Verkauf von großen Quanten frischer gepreßter Rübenschnitzel der Ernte 1912 mit **soliden Großhändlern in Viehfutter,** in Verbindung zu treten.

Lemelerveld liegt an der Zweigbahn Raalt—Ommen der Eisenbahn Hengelo—Zwolle, also nahe der deutschen Grenze. 3092

Die Eisenbahnfracht pro 10 000 Kilo beträgt von Lemelerveld nach Münster (Westf.) Mark 33.—.

Otto Liessem

Münster

Salzstr. 45

Fernruf 960



In

Qualitäten
Formen
Ausstattung

bringe stets das Neueste.

Zur Reinlichkeit gehört auch die innere Desinfektion!

Die Darmfäulnis mit ihren schädl. Folgen — Gemütsverstimmungen, Ausschläge, schlechter Teint, Schädigung des Blutes und Nervensystems (Arterienverkalkung etc.) — beseitigt häufiger Genuss von 2879

Dr. Klebs Yoghurt-Tabletten

(garant. lebende Reinkultur v. bacill. Bulgar.), welche die giftigen Darmbakterien beseitigen u. Darmstörungen regeln. 45 gr. Tabletten ℳ 2.50. Zu haben in den meisten Apotheken u. Drogerien. Wo nicht erhältlich, auch portofrei direkt vom **Bakteriol. Laborat. v. Dr. E. Klebs, München,** Goethestr. 25. — Prospekte und Proben gratis.

Generalvertretung: **Rump & Lehners** in Hannover.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)

eignet sich nicht nur zum Waschen, sondern wird auch vorteilhaft verwendet beim Putzen, Scheuern und Abseifen. Es ist daher im Haushalt

unentbehrlich

Gartenmöbel

Rasenmäher
Eisschränke
Speiseschränke
Gaskocher
Spirituskocher
Einkochapparate
Eismaschinen

empfehle in grosser Auswahl billigst.

C. Reifferscheidt,
Hammerstrasse 7. 3076

3117 **Patria,**

Deutsche Kranken- u. Sterbegeld-Versicherung, A.-G.,

hat die Platzvertretung für Münster und Umgegend an geeigneten und tüchtigen Herrn zu vergeben. Ausführliche Bewerbungen an General-Agentur **Busch,** Achtermannstr. 7.

Haushalt- und Sparherde u. Gasöfen Küchengeräte

Hermann Focke
Ludgeristrasse 39-43
am Marienplatz.

Erholungsbedürftige Herren und Damen

finden in einem großen, modern eingerichteten, herrlich gelegenen (Wald- und Seeluft) katholischen Krankenhause bei mäßigem Preise **liebevolle Aufnahme und Verpflegung.** Angebote unt. **V. 2910** an die Geschäftsstelle des Westf. Merkur erbeten.

Tüchtige Haushälterin

findet sofort Stellung bei einem kath. Geistlichen. Angebote unter **Nr. 3069** an die Geschäftsstelle des Westfälischen Merkur.

Versandstelle

soll in jedem Bezirk errichtet werden. Nur strebsame Leute, gleich welchen Berufes, wollen sich melden. Einkommen monatlich Mk. 500. Berufsaufgabe, Kapital u. Laden nicht nötig. Anfragen unter **Nr. 245** an **Invalidendank,** Ann.-Exped., **Cöln.**

Trauer.

Kostüme
Kleider
Blusen
Röcke
Unterröcke
in allen Grössen
für Damen
junge Mädchen
und Kinder.



Auf telephonischen Anruf Nr. 342 erfolgt sofortige Hauswahlsendungen mit sach-kundiger Verkäuferin.

H. Hettlage
Spezialhaus für Damen- und Mädchen-Konfektion.
Münster i/W. Ludgeristrasse



Bevor Sie zum

Einkauf eines Fahrrades

schreiten, lassen Sie sich gebührenfrei unseren Fahrrad-Katalog 1912 zusenden! Sowohl mit neuen Rädern als auch

Zubehörteilen und Reparaturen

werden Sie bei uns vorzüglichst bedient.

Duisburger Fahrradfabrik „Schwalbe".

Fabriklager in

Münster i. W.

Frauenstrasse Nr. 24.

Fernruf 822. 3103



Damen-Panama
echt u. imit.
Neueste Formen, enorme Auswahl.

Herren-Panama
echt u. imit., neueste Garnituren
echt: 6.50, 8.50, 9.75, 12.50 etc.
imit.: 2.—, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 etc.



Knaben-Strohhüte
in weiss u. mel. von Mk. 0.90 an.

Kinder-Strohhüte
elegant und einfach garniert.

Seppel-Hütchen
in den neuesten Formen mit Feder.

Hutbänder in Tuch und Flor.



Das Neueste
mit breitem Rand und bestem Ventilationsleder
auf jeden Kopf passend.
Mark:
2.00 2.50 2.75 3.50 etc.

Mädchen-Strohhüte
weiss und meliert von 1.00 Mk. an.
Mädchen-Glockenform in Stroh, Stoff und Seide.
Eigene Strohhut-Wäscherei.

Hut-Mode-Haus „Zum Adler" **Joh. Barella** **Neubrücken- und Bogenstr.-Ecke.**



Magazin-Genossenschaft vereinigter Innungsmeister

e. G. m. b. H., Münster i. W.

Nur Alter-Steinweg 16. **Nur Alter-Steinweg 16.**

Grösstes Möbelgeschäft am Platze.

Ausstellung in:

Esszimmern, Herrenzimmern,
Wohnzimmern,
Schlafzimmern, Küchen.

Ledermöbel, Gardinen, Teppiche und Dekorationen. 2817

Eis-Abonnement!

Abnehmer unserer Flaschenbiere erhalten hohen Rabatt.

Das Abonnement beginnt am 1. Mai.

Bitten Bezugsbedingungen einzufordern.

Brauerei Westfalia

Fernsprecher Nr. 39. Gebr. Hagedorn & Co. Fernsprecher Nr. 39.

Möbelmagazin vereinigter Tischlermeister

Lieferung sämtlicher Dekorationen und Teppiche.	Uebernahme der gesamten Wohnungsausstattung nach eigenen u. gegebenen künstlerischen Entwürfen. — Ständige Ausstellung vornehmer u. gediegener : Erzeugnisse des Kunsthandwerks. :	Spezialität: Selbstangefertigte massiv eichene Möbel 2401

Verkaufshaus: **nur Königstrasse 4.** Telephon 1203.

2449 Breslau III, Freiburgerstrasse 42

Dr. J. Wolff's Vorbereitungsanstalt

gegründet 1903, für die

Einjährig-Freiwilligen-, Fähnrichs-, Seekadetten-, Primaner- und **Abiturienten-Prüfung,** sowie zum Eintritt in die **Sekunda** einer höheren Lehranstalt. **Streng geregeltes Pensionat** mit sorgfältiger Beaufsichtigung der Schularbeiten. Viele vorzügl. Empfehlungen aus allen Kreisen. Halbjährl. Gymnasial- u. Realgymn.- bzw. Oberrealschulkurse von Quarta bis Oberprima. Seit 17. Februar 1910 **bestanden** bisher

211 Prüflinge, nämlich 30 Abiturienten

(darunter 7 Damen von 9), 11 für Oberpr., 29 für Unterpr., 13 die Schlussprüfung eines Progymnasiums, Realprogymn. od. e. Realschule, 25 für Obersek., 45 für Untersekunda, 14 für Obertertia, 3 für Untertertia, 1 für Quarta, 1 Fähnrich u. 39 Einjährige. Seit Ostern 1911 auch **Damenkurse** zur Vorbereitung für die **Primaner-** u. **Abiturientenprüfung.**

Prospekt. Telephon Nr. 11687.



Kaiserhof.

Jeden Sonntag

Konzert

im Wintergarten.

Ausgeführt von ersten Kräften der Infanterie-Kapelle.

2993 Ergebenst **O. Förstering.**

Bringe meinen Sommergarten in empfehlende Erinnerung.



Bad Bentheim

Inmitten des herrlichen Bentheimer Waldes — ca. 1500 ha — D-Zug-Station der Strecke Berlin—Amsterdam. Vorzüglich bewährt bei

Gicht, Rheumatismus usw.

auch als Sommeraufenthalt sehr zu empfehlen.

Elektr. Licht, Wasserlig und Kanalisation. Saison v. Ende Mai—Septbr. Illustrierte Prosp. frei d. die. **Fürstl. Badeverwaltung**

Von Münster Sonntags-Fahrkarten. 2876

Café Royal

Servatiiplatz.

Matinee von 12 bis 1 Uhr.

Täglich Künstler-Konzerte

ab nachmittags 4½ Uhr und abends 8½ Uhr.

Erstklassige Konditoreiwaren.

Kaffee in Kännchen.

Restaurant

Heinrich Egger, Nienberge

erlaubt sich einem geehrten Publikum seine gemütlichen

Wirtschafts-Lokalitäten mit Tanzsaal

direkt am Bahnhof Nienberge (Auslauf der Gassel-Stiege und am Vorbergshügel in empfehlende Erinnerung zu bringen.

ff. Kaffee, selbstgeb. Brot u. Kuchen, Ia Speisen und Getränke.

Abends bequeme Zugverbindungen nach Münster.

Malaga-Import

Erstklassige Firma sucht **Vertreter,** welche mit Halbgros-Kundschaft arbeiten. — Angebote erbeten an **Apartado 80, Malaga.** 2885

Stottern

heilt gründlich
C. Matzke, Burgsteinfurt.
32jährige Praxis. Prospekt frei. 2980

Stadt-Theater.

Sonntag, den 28. April, 3½ Uhr.
Fremden-Vorstellung.
Ermäßigte Preise.
Der Freischütz.
Romantische Oper von Weber.

Abends 7½ Uhr.
Frühlingsluft.
Operette von Strauß.
Erhöhte Preise.

Montag, den 29. April, 8 Uhr.
Die Bohème.
Oper von Puccini.
Große Preise. 3104

Verein der Aerzte Münsters.

Sonntag, den 28. April 1912, verrichten **Sonntagsdienst:**
Herr **Dr. med. Heuveldop,** Körderplatz 2,
Herr **Dr. med. Chastinet,** Wolbeckerstraße 45.

Der Vorstand.

Münsterischer Apotheker-Verein.

Sonntag, den 28. April 1912, sind von mittags 1 Uhr ab folgende Apotheken geschlossen:

Sternapoth., Ludgerstr. 66/67.
Hansaapoth., Wolbeckerstr. 56.
Engelapoth., Warendorferstr. 3.
Hirschapoth., Roggenmarkt 13.
Schloßapotheke, Wilhelmstr. 24.

Die übrigen Apotheken sind den ganzen Tag geöffnet.